

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 11. Mai 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

#### Stillstand in der Entwicklung Italiens.

Von Enrico Ferri.

Nachstehende beide Artikel aus der Feder unseres italienischen Freundes sind vor den blutigen Hungeraufständen der letzten Woche geschrieben. Sie geben aber ein lebendiges Bild der allgemeinen Lage, und zeigen uns in der Ferri eigenen Worte die Ursachen und treibenden Kräfte, so daß die Haupt- und Staatsaktionen, überhaupt die einzelnen Ereignisse des politischen Lebens nur als notwendige Folgen erscheinen. Wer diese Schilderung der herrschenden Unfähigkeit und Habgucht betrachtet, wer da steht, wie das arme italienische Volk von einer schamlosen Räuberbande ausgeplündert, von brutalen Großgrundbesitzern und geldgierigen Kapitalisten ausgezogen, von einer schwachen, in die Dienste des agrarischen und industriellen Ausbeuterthums gedrehten Regierung verfolgt und gehandelt wird — der kann sich über diese letzten Ausbrüche der Verzweiflung nicht wundern — er kann sich höchstens wundern, daß es bis zum Ausbruch so lange gedauert hat.)

Inmitten der kaleidoskopischen Abwechslungen in der politischen und sozialen Tagesgeschichte, über welche die mühsigen Beobachter sich aufregen und über welche ihr Blick nicht hinausreicht, sind wir uns bewußt, daß die sozialistischen Leser die wahre Ursache, den Grund der Ereignisse immer in dem natürlichen Entwicklungsprozeß des gesellschaftlichen Lebens sehen, der seine wissenschaftliche Formel in dem historischen Materialismus gefunden hat.

Die Ereignisse der letzten Wochen in Italien beweisen klar, daß die ökonomischen und sozialen Bedingungen es sind, welche alle Rundgebungen unserer nationalen Existenz bestimmen. Der tragische Tod des im Duell gefallenen Deputierten Cavallotti — die von der Kammer gegen Crispi ausgesprochene politische Zensur, der Verkauf von Kriegsschiffen an Spanien, an die argentinische Republik u. s. w. und wahrscheinlich auch an die Vereinigten Staaten, die Landarbeiterstreiks und die Verhaftung hunderter von Bauern, selbst Reuegeborene nicht ausgeschlossen, — das Verhalten der republikanischen Partei — dies alles sind die wichtigsten und gleichzeitigen Symptome jenes Allgemeinen, Befindens der italienischen Bourgeoisie, das nicht besser charakterisiert werden kann als durch den Ausdruck: Stillstand der Entwicklung.

Außer in der Lombardei (Mailand), Piemont (Turin), Ligurien (Genoa), wo die Industrie und der Handel thatsächlich auf einer hohen Stufe stehen und den Aufschwung der Bourgeoisie seit der Eroberung der Unabhängigkeit und der nationalen Einheit begünstigen, sind für den Rest von Italien die Bedingungen für die ökonomische und soziale Entwicklung wenig günstig (in Mittel-Italien) oder es ist ein vollständiger Stillstand eingetreten (in Süd-Italien).

Die Geographie der sozialistischen Partei spiegelt in sehr bedehender Weise die verschiedenen Grade der sozialen Entwicklung unseres Landes wieder und rechtfertigt die gute u. n. Wünsche, welche wir Sozialisten — trotz der alternen Ansagen, daß wir zum Klassenhaß aufgeizt — für die Fortschritte und das Gedeihen der Bourgeoisie hegen, ohne welche wir uns in einer erstickenden Atmosphäre ökonomischen Feudalismus und sozialer Erstarrung befinden, und welche als Rückwirkung wieder Beamtenherrschaft, gelegentlich polizeiliche Allmacht und Stumpheit der Volksmassen erzeugen würde, die durch den bis zum äußersten getriebenen Steuerdruck erschöpft sind, wobei die italienische Regierung gedankenlos und unvorsichtig wie der Wilde verfährt, der, um die Frucht zu pflücken, den Baum fällt.

Und zu gleicher Zeit mit dem Entstehen und Wachsen des Sozialismus zeigt sich — Symbol und Symptom der bürgerlichen Zivilisation — dieser Stillstand in der sozialen und ökonomischen Entwicklung, wie ich eben sagte.

Der Abgeordnete Cavallotti war, obgleich von wunderbarem Temperament als Kämpfer für ein Ideal, doch nur die Verkörperung des Stillstandes der Entwicklung bei der demokratischen und radikalen Partei, die weder Fleisch noch Blut ist, zwischen den Republikanern und Monarchisten steht, im Grunde aber heimlich feindlich ist.

Der Kampf Cavallotti's gegen Crispi im Namen der öffentlichen und privaten Sittlichkeit war, vom Gefühlsstandpunkt aus beurteilt, prachtvoll, ging jedoch nicht über die Person Crispi's hinaus, — der alle guten und alle schlechten Eigenschaften eines Räuberhauptmanns hat, welchen man aus den Wäldern ins Parlament verlegt hat — dieser Kampf konnte seinen Zweck nicht erreichen; er konnte weder den Gegner vernichten, noch dem arbeitenden Volk die Augen öffnen über die Klasse, deren typischer Repräsentant, aber nicht vereinzelte individuelle Erscheinung Crispi war.

Cavallotti hatte viel von seiner politischen Popularität verloren, und zwar in dem Maße, wie in dem Volk die sozialistische Erkenntnis wuchs, daß wir einen Klassenkampf führen, und nicht einen Kampf gegen Personen.

An dem Vorabend der parlamentarischen Diskussion über die Beschlüsse der Kommission, die zu entscheiden hatte, ob dieser Crispi vor das Strafgericht zu schicken sei, welchen Cavallotti angeklagt hatte, das Geld der Bank von Neapel gestohlen zu haben, indem er seine Macht als Haupt der Regierung mißbraucht habe — stürzte sich Cavallotti ohne ernstlichen Grund in ein Duell mit einem jungen reaktionären Deputierten, der stets ein Anhänger Crispi's gewesen war, und wurde durch einen Säbelstich in den Hals tödlich getötet. Wie der Ausbruch eines Vulkan's äußerte sich das Volksgelübde zu Ehren Cavallotti's, und heute, zwei Monate nach seinem Tode, hält die Begeisterung noch an.

Die Duellbedingungen waren für Cavallotti, der 50 Jahre alt, kurzichtig und ungeduldig war, sehr ungünstig einem berechnenden Widerpart gegenüber, der, nachdem das Unglück geschehen, kein Wort des Bedauerns dafür hatte und eine christliche Kälte zur Schau trug. Die Antipathie gegen Crispi, das Bedürfnis, die Freiheit der öffentlichen Rundgebungen zu benutzen, die das Ministerium gewährte, da Cavallotti zu seinen Beschützern gehört hatte, der Wunsch der radikalen oder demokratischen Partei, ihre Kräfte, vielleicht zum letzten Mal, zu entfalten, indem sie dieselben mit den Kräften der sozialistischen und der republikanischen Partei vereinigte, die treffliche Gelegenheit zur Verurteilung des Duellmüßiggangs, welchen die sozialistische Partei in Italien stets bekämpft hat: — alles dies diente zu der übrigens wohlverdienten Verherrlichung Cavallotti's und ließ viele vergessen, daß Cavallotti selbst nur ein Repräsentant des politischen und sozialen Stillstandes in unserem Lande war.

In seinem Leben hatte Cavallotti mehr als 30 Duelle gehabt, was gewiß kein Zeichen von modernem Bewußtsein war. Und in Crispi sah er nicht das, was die Sozialisten immer gesehen und

erklärt haben: das politische System, das wir Sozialisten den Crispinismus nennen: das heißt die Verletzung jeder öffentlichen Freiheit, den ungeheuren Fiskalismus (Steuerdruck u. s. w.) gegen die Arbeiter, die Schutzhülle für die Großgrundbesitzer und die Kapitalisten, die Allmacht der Polizei, die immer ungestrast bleibt, die Gerabwürdigung des Richterstandes, die Räuberwirtschaft mit den Banken, den alles auszehrenden Militarismus mit den Kolonial-Unternehmungen, die nicht den Zweck haben, den Markt für unsere schwache Produktion zu erweitern, sondern die öffentliche Aufmerksamkeit von den elenden Zuständen im Innern des Landes abzulenken.

Solcher Art ist die Politik einer jeden Bourgeoisie, in deren Entwicklung ein Stillstand eingetreten ist. Wie uns England in den ersten 40 Jahren des 19. Jahrhunderts gezeigt hat, ist eine Bourgeoisie, die noch nicht die ganze Höhe ihrer ökonomischen Macht erreicht hat, ohne Selbstvertrauen und hochmütig, und namentlich reaktionär, während sie mit der industriellen und kommerziellen Entwicklung liberal wird, weil sie sich stark fühlt und für unsterblich hält, wie wir dies oft an der englischen Bourgeoisie von 1840—1880 sehen.

Die italienische Bourgeoisie, die sich heute noch lange nicht auf der Entwicklungstufe der englischen Bourgeoisie von 1840—1880 befindet, kann nur eine Politik der Furcht und zugleich der Tyrannie verfolgen, eine Politik, deren offener Vertreter Crispi war, und die von den Ministern, die ihm vorangingen oder ihm nachfolgten, bloß mehr oder weniger heimlich betrieben wird.

Das war der Grund, warum die Kammer Crispi nicht dem gewöhnlichen Strafrichter übergeben wollte, wie wir Sozialisten es verlangten, indem wir erklärten, das Herz Cavallotti's fortsetzen und erneuern zu wollen, obgleich wir wohl einsehen, daß der herrschende Crispinismus sich nicht selbstmorden und seinen Hauptvertreter nicht als Dieb ins Gefängnis schicken werde. Um der öffentlichen Meinung eine gewisse Genugthuung zu geben, und unter dem Eindruck des tragischen Todes von Cavallotti und der zu seinen Ehren stattfindenden Manifestationen — und auch um die politischen Interessen des Ministeriums zu wahren, das in den alten Anhängern Crispi's die thätige Oppositionsgruppe hat, — entschloß man sich, einen Mittelweg einzuschlagen und Crispi nicht dem Gericht zu übergeben, wohl aber durch eine politische Zensur (Tadelserklärung) den greisen Minister und Diktator lahm zu legen, der auch, was man nicht vergessen darf, durch den Annunziaten-Orden „der Vetter“ des Königs ist, und diesen Orden für seine Verdienste um die Gründung des Dreiebundes und die Annelung der Sozialisten erhalten hat.

Da aber Crispi, ansieht ein Fall individueller Moustrosität zu sein — wie Cavallotti glaubte —, nur der Repräsentant eines politischen Systems ist, so hat er kein Mandat als Abgeordneter, nach der Abstimmung über die Zensur, einfach niedergelegt und sich seinen alten Wählern in Palermo zur Neuwahl wieder vorgestellt, und ist von ihnen auch mit Glanz wiedergewählt worden. Er ist eben, Fälscher, Verräter, Lügner, Gigant, Mordbrenner wie er ist, ein Mann nach dem Herzen der Bourgeoisie.

Inzwischen verhungern die Bauern in Sizilien und werden tödtgeschossen, wenn sie allzu laut Droh und Arbeit verlangen. Crispi persönlich ist wegen Alters — er ist 70 Jahre alt —, wegen seiner zerütteten Gesundheit und wegen der nun amtlichen Nachweise seiner Schuld, in der Regierung nicht mehr möglich. Der Crispinismus einer in ihrer Entwicklung rückständigen Bourgeoisie dagegen, lebt munter fort, wofür die beiden anderen Epochen unserer Tagesgeschichte bezeugendes Zeugnis ablegen.

Bevor die Kammer in die Osterferien ging, hat sie noch über den Verkauf einiger unserer Kriegsschiffe beraten, die uns viele Millionen gekostet und gar keinen Nutzen gebracht haben.

Ganz abgesehen von der diplomatischen Frage des Verkaufs von Schiffen an Mächte, die im Begriff sind, Krieg anzufangen, lagte die Opposition das Ministerium an, unsere Seemacht zu grunde zu richten, nachdem es erst kurz vorher erklärt hatte, unsere Flotte entsprechende nicht den notwendigen Anforderungen der nationalen Verteidigung. Das Ministerium antwortete, daß es den Bau einiger Schiffe neuester Konstruktion angeordnet habe und daß dies den einheimischen Arbeitern ebenso wie der Verteidigung des Landes von Vortheil sei.

Die Kammer hat für das Marineministerium entschieden; der wahre und richtige Grund dieses Verkaufs ist jedoch nur eine Frage des politischen Systems, auf das sich die italienische Bourgeoisie zu ihrem Unglück und zum Glück der sozialistischen Partei verläßt, anstatt mit der nationalen und fruchtbringenden Entwicklung der ökonomischen Kräfte ihr Ziel zu suchen. Der Verkauf einiger Schiffe wird dazu dienen, der Staatskasse etwas Geld zu verschaffen und den Bau neuer Schiffe ansehnliche Profite zuzuführen.

Die Arbeiter werden nach wie vor durch den Fiskalismus, durch niedrigen Lohn und durch den Mangel an Freiheit für ihre Organisation ausgezogen und niedergehalten, und alle Phrasen der Regierung zu gunsten der nationalen Arbeit sind nichts als ein Räuber, der das wahre Wesen der Regierung verbergen soll — und dieses ist die Fortsetzung des Crispinismus.

In der That ist das Verhalten der Regierung den Arbeitern gegenüber, die versuchen, sich als bewußte Partei zu organisieren, nur die Bestätigung dafür, daß die Erklärungen zu gunsten der „nationalen Arbeit“ eitel Heuchelei sind.

In Piemont sind die Arbeiter eines Distrikts schon seit acht Monaten im Streik, und weil man in diesem Distrikt kürzlich bei einer Wahl einen Sozialisten gewählt hat, läßt die Regierung durch ihre Vertreter die offenbarsten Gesetzesverletzungen begehen und gestattet die dümmsten und brutalsten Verfolgungen der Streikenden, trotzdem sich dieselben als bewußte und disziplinierte Sozialisten musterhaft führen.

#### Wahlkampf.

##### Das Wahlrecht der Saisonarbeiter oder der Arbeiter mit doppeltem Wohnsitz.

Durch unsere Presse geht zur Zeit bezüglich der Arbeiter, die auswärts arbeiten, an ihrer Arbeitsstätte oder Schlafstätte haben und nur Sonntags oder in noch längeren Zwischenräumen zu ihrer Familie nach Hause kommen, eine Mithteilung, die durchaus auf falschen Voraussetzungen beruht. In der Mithteilung wird nämlich den Arbeitern, „damit sie ihr Wahlrecht nicht verlieren“, der durchaus falsche Rath gegeben, sie sollten sich von der Behörde ihrer

Heimath bescheinigen lassen, daß sie dort aus der Wählerliste gestrichen sind, dann müsse man sie nach Vorlegung dieser Bescheinigung in die Wählerliste ihres Arbeitsortes aufnehmen. Diese Manipulation ist ganz überflüssig und kann unter Umständen dazu führen, daß der Arbeiter sich selbst um sein Wahlrecht bringt. Der Fall tritt ein, wenn der Arbeiter in der Zeit bis zum Wahltag die Arbeit verläßt, oder durch sonst einen Umstand veranlaßt ist, den Wahltag von der Arbeitsstätte fern zu bleiben. Die in solchen Fällen in der Wahlprüfungs-Kommission geübte und vom Reichstag stets anerkannte Praxis ist folgende: Wahlberechtigte mit mehreren Wohnsitz sind an den mehreren Wohnsitz in die Wählerlisten aufzunehmen, wählen können dieselben nur an einem Orte wohnen, welche in einem Badeort für die Badesaison in Stellung treten, Saisonarbeiter, Feldarbeiter, welche die Woche hindurch außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, den Sonntag aber im Wohnorte zubringen, sind am Orte ihrer Beschäftigung wahlberechtigt und deshalb auch in die Wählerliste dieses Ortes einzutragen.

Der Arbeiter, der während der Woche auswärts arbeitet und an seiner Arbeitsstätte eine Schlafstätte hat, hat also mehrere Wohnsitz und ist deshalb in seiner Heimath und an seiner Arbeitsstätte in der Wählerliste zu führen. Er braucht sich nirgends streichen zu lassen und kann wählen an dem Orte, an dem er sich am Tage der Wahl aufhält. Der Wähler darf nur sein Wahlrecht nicht zweimal ausüben, in diesem Falle würde er sich strafbar machen.

##### Eine geschwundene Anordnung.

Aus Neudenburg-Strelitz wird dem „Lübecker Volksboten“ in glaubwürdiger Weise mitgeteilt, daß an sämtliche Ortsvorsteher ein Rundschreiben ergangen sei, in welchem außer den bekannten Bestimmungen über die Aufstellung der Wählerlisten folgender Passus enthalten ist: „Dabei wird bemerkt, daß Personen, welche sich nur vorübergehend in den Dörfern aufhalten, wie z. B. Sommerarbeiter nicht in die Listen einzutragen sind.“ Entspricht diese Nachricht den Thatsachen, so stellt obige Verfügung, so allgemein, wie sie gehalten ist, eine ungelegliche Beschränkung des Wahlrechts, einen trassen Widerspruch gegen das bisher für richtig allgemein anerkannte Verfahren dar. Es sind die nötigen Schritte gehen, damit noch rechtzeitig den Folgen derartigen Anordnungen vorgebeugt wird.

##### Freiherr v. Stumm und das Wahlrecht.

Herr v. Stumm hat sich neulich seinen Wählern als festes Bollwerk gegen alle Reaktionen empfohlen; es sei eitel Sammel, zu behaupten, daß jemand die Rechte des Volkes irgendwie beeinträchtigen wolle.

Freiherr v. Stumm rechnet dabei offenbar auf ein sehr kurzes Gedächtnis bei seinen Wählern. Denn noch am 29. Januar 1896 trat der waldere Kammermitglied im Reichstage für die Öffentlichkeit der Stimmgabe ein. Bei Beratung des Antrages Rückert zum Schutze des Wahlgeheimnisses erklärte er unumwunden:

„Ich möchte nur konstatieren, daß ich auf dem Standpunkt stehe: wenn Sie alle Uebelstände beseitigen wollen, die mit dem heutigen Wahlverfahren verbunden sind, dann schaffen Sie die heimliche Stimmgabe ab.“

Ich halte es für zweckmäßig, daß wir auf die ursprünglichen Vorschläge, die Herr Bismarck 1866 im preussischen Abgeordnetenhaus eingebracht hatte, zurückkommen — d. h. also, das allgemeine Stimmrecht genau in der Weise beizubehalten, wie es bisher besteht, aber die Vorschriften, welche das preussische Abgeordnetenhaus damals hineingebracht hat, daß man den Zettel verdeckt in die Urne stecken muß, abzuändern... Das Abgeordnetenhaus hat durch die Einfügung der eben von mir bezeichneten Worte erst das geheime Wahlrecht eingeführt und hat dadurch meiner Ansicht nach einen Uebelstand geschaffen, der dem ursprünglichen Wahlgeheimnis nicht anhaftete.

Damit geht Herr v. Stumm noch hinter Friedrich Wilhelm III. zurück, der gewiß kein himmelstürmender Liberaler war, aber doch zugehört, nur bei geheimer Abstimmung „kam keine Einflussnahme auf die Wähler eintreten, die Wahlen werden vielmehr der wahre Ausdruck der Herzensmeinung der Wähler sein“. Und selbst der streng konservative Minister Graf Frig Eulenburg bestritt vor 1876 in seinem Städte-Ordnungs-Entwurf die geheime Wahl, um die Wähler vor illegalen Beeinflussungen und vor der Nothwendigkeit einer Rücksichtnahme auf Personen und äußere Verhältnisse zu bewahren.“

Wir müssen also auch hier Herrn v. Stumm bemerken, daß seine Zusicherung an die Wähler nicht ganz der Wahrheit entspricht — selbst auf die Gefahr hin, daß er wieder eine „Mißfäße“ riecht. Es sind seine eigenen Worte, die wir zitiert haben.

##### Der Bund der Landwirthe

Scheint es, jetzt bei den Wahlen wenigstens, für sehr bedenklich zu halten, mit der Bedrohung des Reichs wahrer Rechte irgendwie in Verbindung gebracht zu werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt daher tapfer und manhaft:

Wenn die Regierung wirklich an eine grundsätzliche Aenderung des Wahlrechts denken sollte, so würde sie bei uns keine Zustimmung, sondern die entschiedenste Gegnerschaft finden (die Worte sind auch im Wünderblatt fett gedruckt). Gegen die verhassten Wünder würde also die Müller'sche Erfindung keine Wirkung haben.

Wir machen demgegenüber darauf aufmerksam, daß der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Dr. Dertel, zur Zeit auch Kandidat aller vereinigten Reaktionen im Wahlkreis Freiberg, im vorigen Winter den konservativen Verein zu Leipzig mit einem Referat beehrte und dabei nach allerlei Ausfällen auf die politischen Zustände Deutschlands auch das Reichswahlrecht verwarf. Nach einem unwillkürlichen gebliebenen Verzicht konservativer Zeitungen führte er an:

Unser Wahlrecht ist auch kein Ideal und man wundere sich, wie Bismarck dasselbe bringen konnte. Es ist einfach brutal, daß der führende Geist nur soviel Recht hat wie der blöde.

Das Wünderblatt hat ferner während der sächsischen Wahlrechtungskampagne ganz und gar auf der Seite der Rechner und Kampagne gestanden. Das mag den agrarischen Demagogen heute unangenehm sein, aber aus der Welt läßt es sich nicht mehr schaffen.

##### Mittelstandsreiterische Heuchelei.

Die Herren Reformpartei und die Herren Konservativen suchen sich in der Wahlbewegung förmlich den Rang abzulaufen in



Der Rettung des Mittelstandes. Da wird gegen die Konsumvereine und gegen die Warenhäuser gedonnert, und die Herren versallen auf die absonderlichsten Ideen, um die unaußhaltbare wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen. Da ist es gerade an der Zeit, an einen Ausruf: „An die deutschen Landwirthe“ zu erinnern, der im Dezember 1897 veröffentlicht worden ist und im wesentlichen also lautet:

Die Einzelbestrebungen der deutschen Landwirthe auf wirtschaftlichen Gebiete haben in der jüngsten Zeit den Erfolg gehabt, daß die großen, mit dem Einkauf landwirtschaftlicher Bedarfsstoffe besetzten Körperschaften sich zur gemeinschaftlichen Wahrung ihrer Interessen auf Grund eines festen Vertrages zur „Veuzugsvereinigung der deutschen Landwirthe“ verbunden haben. Der nächste Zweck dieser Vereinigung ist, die Verschlechterung zu beseitigen, wie sie sich bisher, insbesondere auf dem Gebiete des Handels mit Thomasmehl, zum Schaden der deutschen Landwirthe eingebürgert hatte, um in Einklang mit den Thomaspfahlfabriken feste Grundlagen für das Geschäft zu vereinbaren und durchzuführen. . . . Die Körperschaften, welche sich dieser Veuzugsvereinigung angeschlossen haben, sind folgende: 1. Allgemeiner Verband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Offenbach a. M. 2. Generalanwaltschaft ländlicher Genossenschaften für Deutschland, Remscheid. 3. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, Berlin. 4. Bund der Landwirthe, Berlin. 5. Bayerischer Landesverband landwirtschaftlicher Darlehnskassen-Vereine, München. 6. Westfälischer Bauernverein, Münster i. W. 7. Rheinischer Bauernverein, Kempen. 8. Badischer Bauernverein, Rautenbach. 9. Trierscher Bauernverein, Trier. — Es liegt nunmehr im nächsten Interesse aller deutschen Landwirthe, diese hochwichtige Thatsache in ihrer Tragweite dadurch zu würdigen, daß sie sich einer dieser Körperschaften entweder direkt oder indirekt anschließen, vor allen Dingen aber sich jedes Einkaufes von Thomasmehl bis zum Abschluß der eingeleiteten Verhandlungen enthalten. . . . Die Erweiterung des Gebietes der Thätigkeit der Veuzugsvereinigung ist in Aussicht genommen. Der Ausschuh der Veuzugsvereinigung erwartet mit Zuversicht, daß seine Thätigkeit die allseitige Unterstützung der deutschen Landwirtschaft findet.“

Es ist ja natürlich gegen das Bestreben, sich guten und billigen Einkauf zu sichern, gar nichts einzuwenden. Das Handbald ist aber, daß diese gewissenlose Gesellschaft auf der einen Seite dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, auf der anderen aber es dem Arbeiter beschränken oder vielmehr vernichten will. Der Mittelstand soll erhalten werden, aber nur, soweit der Arbeiter die Kosten dafür zu zahlen hat. Weht es den Herren an die eigene Tasche, dann hole der Teufel den ganzen Mittelstand! Infamie Heuschke!

### Unsichere Kantonisten.

In Zentrumskreisen ist man doch höchst unwillig über die Grundlosigkeit, die von der Fraktion zum Prinzip erhoben wird. Es ist sicher ein Zeichen der Zeit, daß kurz vor den Wahlen ein Zentrums-Organ, die „Arbeiterbürgerzeitung“, über die Zentrumsorganisation an die Wähler, nur Stimmbriefe zu sein, Anlauf schlägt. Die „Arbeiterbürgerzeitung“ stellt folgende Fragen an die Leiter des Zentrums:

Welcher war und ist der richtige Zentrumsstandpunkt in den Volkfragen? Vertreten und vertreten diesen Standpunkt diejenigen Abgeordneten, welche für Einführung oder Erhöhung der Höhe gestimmt haben und noch wirken, oder diejenigen, welche die gegenwärtige Ansicht vertreten oder heute vertreten?

Welche Abgeordneten vertreten bei den Verhandlungen über die Rülche und die anderen Materien des Bürgerlichen Gesetzbuches, wo die Zentrumspartei sich vielfach spaltete, den richtigen Zentrumsstandpunkt?

Welcher war der richtige Standpunkt bei der Frage des Militärsseptennates? Vertreten ihn die um v. Guene oder die um Dr. Lieber?

Welche Abgeordneten vertreten den richtigen Standpunkt des Zentrums in der Flottenvorlage, die um Lieber oder die süddeutschen Abgeordneten? Diejenigen, welche auf dem Standpunkte beharrten, welchen die Partei im vorigen Jahre eingenommen hat, oder diejenigen, welche mit Lieber umgefallen sind? Vertreten ihn die Zeitungen, welche erklärten, ohne vorherige Klarstellung der Kostendeckungsfrage werde das Zentrum nicht zusammen kommen, oder vertreten ihn Lieber und Genossen, welche sich schließlich um die vorherige Deckungsfrage keinen Deut mehr gekümmert haben?

Welches ist der richtige Standpunkt der Zentrumspartei hinsichtlich der demnächst abzulaufenden Handelsverträge und hinsichtlich der Bestrebungen der Landwirthe? u. s. w.

Kurzum, welches war und wird sein der richtige Standpunkt der Zentrumspartei in allen den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen, wo die Abgeordneten in verschiedenem Sinne gestimmt haben und stimmen werden?

Welches ist der richtige Kandidat der Zentrumspartei, derjenige, welchen die offizielle Zeitung ausstellt und der seitens der Abgeordneten gewünscht wird, oder der, den die Mehrzahl der Wähler wählt? War es Fudangel oder sein Gegenkandidat? War es der politische Rechtsanwalt oder sein Gegner? Sind die Abgeordneten oder ist die Presse maßgebender für die Beurteilung des richtigen Standpunktes? Und welche Abgeordneten und welche Zeitung ist die maßgebendste?

Wir möchten wünschen, daß in allen Kreisen, wo das Zentrum Kandidaten ausstellt, die Wähler das Zentrum zwingen, Farbe zu bekennen; denn durch ihre Trübsanderei wollen sie sich die Freiheit vorbehalten, nach der Wahl gegen die Interessen des Volkes zu stimmen.

### Die Handlungsgehilfen und die Reichstagswahl.

Die nicht sozialdemokratische kaufmännische Presse in Frankfurt a. M. fordert die Handlungsgehilfen auf, die von ihnen unterstützten Reichstags-Kandidaten auf folgende Programmpunkte zu verpflichten: Abtuh-Ladenschluß, vollständige Sonntagsruhe, kaufmännische Schiedsgerichte nach Art der Gewerbegerichte, Verbot jeder Konkurrenzklause, kaufmännische, obligatorische Fortbildungsschulen mit Unterricht in den Tagesstunden.

### Von der Agitation.

Das Berliner Flugblatt der Partei ist in einer Auflage von 500 000 Exemplaren am Sonntag mit der gewohnten Exactheit verbreitet worden. In Breslau haben die Parteigenossen im Wahlkreis Breslau-Land 40 000 Flugblätter hinausgeschickt. Als ein erfreuliches Zeichen der regen Theilnahme kann konstatiert werden, daß die Genossen so zahlreich zur Verbreitung antraten, daß viele gar nicht in Anspruch genommen werden konnten.

Ungefähr 200 000 Wahlflugblätter verbreiteten am Sonnabend und Sonntag die Leipziger Parteigenossen. Auf den 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis entfielen davon zusammen 135 000 Exemplare, auf den 11. und 14. sächsischen Reichstags-Wahlkreis je 30 000 Exemplare. Unsere Parteigenossen in Halle haben am Sonntag in den ländlichen Ortshausen des Saalkreises 23 000 Flugblätter verbreitet. Im Wahlkreis Wolmirstedt-Regenhaldensleben wurden 15 000 Wahlflugblätter hinausgeschickt.

Im Wahlkreis Potsdam-Osthavelland entfallen die Staatserhaltenden eine fieberhafte Thätigkeit. Ihr Kandidat Fischermeister Pauli hält unter Assistenz des Pastors Schall fast täglich Versammlungen ab. Dabei ist man jedoch so vorsichtig, keinem Sozialdemokraten das Wort zu gewähren, während es uns andererseits fast unmöglich gemacht wird, Versammlungslokale zu gewinnen. — Am Freitag, den 18. Mai, findet in der Brauerei Pichelsdorf eine Versammlung der Arbeiter der Staatswerkstätten statt, in welcher Räder-Verlin über den Wahltag, die Staatswerkstätten und die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird. Herr Pastor Schall und Herr Pauli sind zu dieser Versammlung eingeladen. Herr Schall hat sein Erscheinen zugesagt.

In Schwiebus referirte am Sonntag Theodor Meyner vor einer Versammlung von 300 Personen.

Im Wahlkreis Ruppin-Templin sprach am Sonntag Genosse Kahl vor einer gut besuchten Versammlung in Rheinsberg. Nach dem Referat erhob sich der in der Versammlung anwesende Pfarrer, um ein Hoch auf den Kaiser auszubringen, offenbar in der Absicht, unsere Parteigenossen beim Stehenbleiben wegen Majestätsbeleidigung Verlegenheit zu bereiten. Die Sache gelang aber nicht und sonst wußte der gute Mann nichts gegen die Sozialdemokratie anzubringen.

Eine Agitationstour durch Schleswig-Holstein wird gegenwärtig von dem Genossen Jahn-Deulin und Frau Jahn-Pantow unternommen.

### Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurde in Altona-Jserlohn von den National-liberalen Landrichter Noelle; in Lübau von der freisinnigen Volkspartei Kaufmann Günther in Plauen; im 10. sächsischen Kreis von den Liberalen der Kaufmann Heinrich Pfeiffer in Hamburg, der sich zur freisinnigen Vereinigung zählte; im Kreis Ostweller-St. Wendel vom „Bunde der Landwirthe“ an stelle des ablehnenden Pfarrers Sadenberg Landgerichtsdirektor Erdert in Halle; in Borken-Bellinghau von dem Centrum der Abgeordnete Fischermeister Eiler in Wensberg; in Jülich-Gersfeld vom Centrum Gerold; in Limburg von der freisinnigen Volkspartei Ertler; in Warkheim (Waden) vom Centrum Pfarrer Werr; in Mannheim vom Centrum Mechaniker Wetz; in Tilsit ist von einem dort erscheinenden Blättchen, daß sich den Ansprüchen sozialdemokratischer Tendenz giebt, eine eigene Kandidatur gegen den schon längere Zeit von dem sozialdemokratischen Wahlkomitee ausgeschickten Gutsherrn Hofer ernannt worden. Wir wollen nur bemerken, daß unsere Partei alle Ursache hat, sich von Herrn Alex. Waffil, dem Redakteur des Blattes, möglichst fernzuhalten, und hoffen wir, daß sich die Tilsiter Parteigenossen an den Treibereien des Herrn Waffil nicht beteiligen werden.

In Breslau sind als freisinnige Reichstags-Kandidaten für die beiden Breslauer Wahlbezirke Rechtsanwalt Geilberg-Breslau und Dr. Otto Ehlers-Frankfurt a. M. in Aussicht genommen.

In Kostel beabsichtigen Konservative und Nationalliberale Prof. Pasche aufzustellen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Mai.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute nochmals in zweiter Lesung mit der Sekundärbahn-Vorlage und bewilligte nach längerer Debatte, die neulich an die Budgetkommission zurückgewiesene Linie Treuenbriegen-Nauen. Rahgebend für die Bewilligung war die von einem Vertreter des Kriegsministers in der Kommission abgegebene Erklärung, daß der Bau dieser Linie im militärischen Interesse gehalten sei.

Hierauf nahm das Haus in dritter Lesung nach unwesentlicher Erörterung die Pfarrerbesoldungs-Vorlagen an und trat sodann in die Verathung des Antrags Dänisch-Schmidlein (fr.) betr. anderweitige Regelung der Schulunterhaltungspflichten. Der Antrag, der in ähnlicher Form das Haus bereits wiederholt beschäftigt hat, fordert die Regierung auf, spätestens in der nächsten Session eine Neuordnung der Verpflichtung für Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen dahin herbeizuführen, daß gemäß Art. 25 der Verfassung die Verpflichtung allgemein den bürgerlichen Gemeinden und Gutsbezirken auferlegt wird. Mit der Tendenz des Antrags waren die Redner aller Parteien einverstanden, die Ansichten gingen nur darüber auseinander, ob die Neuordnung vollständig oder, wie es die Konservativen und Liberalen durch einen Unterantrag bezweckten, im Rahmen eines allgemeinen Volksschulgesetzes vorgenommen werden sollte. Da durch eine Abstimmung die Einmütigkeit gestört worden wäre, zogen die Antragsteller in der Erwartung, daß die Regierung ihren Wünschen Folge geben wird, den Antrag zurück.

Morgen: Zweite Lesung des Ankerbengesetzes für Rheinland und Westfalen.

Unsere Marine-Neclamemacher fahren fort, das Publikum arguwindeln. Jetzt muß ihnen sogar die Schlächt bei Cavite herhalten. Dabei rechnen sie natürlich auf bodenlose Dummheit der Leser. Für jeden vernünftigen Menschen ist die Lehre jener Seeschlacht die: daß ein Volk, das seine Kräfte nicht in Militarismus und Marinismus vergeudet, erforderlichenfalls groharterer kriegerischer Kraftleistungen fähig ist. Unsere Marine-Neclamemacher folgern aber, daß Küstenbefestigungen gegen eine feindliche Flotte nichts nützen, also eine Marine im Sinne der ulerlosen Flottenpläne nothwendig sei. O die Pfiffikus! Bewiß, die Spanier sind auf den Philippinen dem amerikanischen Flottenangriff erlegen. Aber wie, wenn sie in Manila eine den Amerikanern überlegene Truppenmacht gehabt hätten? Die Amerikaner hätten dann bloß das barbarische und zugleich kindliche Vergnügen gehabt, ein paar feindliche Festungen zusammenzuschleppen. Und unsere Marine-Neclamemacher werden doch nicht leugnen, daß wir Deutsche genug Soldaten haben, um jeder Truppenmacht, die ein Feind an unseren Küsten zu landen im Stande ist, eine zehnfache Uebermacht entgegenzusetzen. —

Die Hungernothpreise scheinen einer weiteren Steigerung entgegenzugehen. Die letzten amerikanischen Getreide-Börsenberichte lauten:

New-York, 9. Mai. Weizen eröffnete stramm und stieg im Preise während des ganzen Börsenverlaufs auf reichliche Deckungen der erbrechten Waiffers, auf fettere ausländische Weidungen und entsprechend der Festigkeit in Liverpool. Der Vorgang am Weizenmarkt heute Vormittag ist beinahe ohne Gleichen. Schluß stramm. Mais verlief durchweg fest auf reichliche Deckungen der Waiffers und entsprechend der Festigkeit des Weizens. Schluß fest. Raabörse. Weizen per Juli 2 1/2 Cent höher.

Chicago, 9. Mai. Weizen durchweg im Preise steigend entsprechend der Festigkeit in Liverpool und weil eine Abnahme der Ankünfte erwartet wird. Schluß stramm.

Mais verlief entsprechend der Festigkeit des Weizens und auf reichliche Deckungen der Waiffers durchweg fest und schloß auch fest. Die Weizenbörse in den Vereinigten Staaten und Kanada betragen nach „Bradstreet“: am 23. April 1898 85 045 000 Bushels gegen 82 800 000 Bushels am 24. April 1897.

1898 am 1. Januar 54 178 000 Bush., am 1. April 40 901 000 Bush. 1897 „ 1. „ 73 270 000 „ 1. „ 55 948 000 „ 1896 „ 1. „ 97 789 000 „ 1. „ 90 442 000 „

Die starke Abnahme der Vorräthe in diesem Jahre im Vergleich mit dem Vorjahr zeigt den ungewöhnlich großen Bedarf des laufenden Jahres.

Neben Amerika stehen als Verfolger Deutschlands mit Brottrom Südrussland und Rumänien in erster Linie. Aus Odesa wird der „Ain. Volksztg.“ geschrieben:

„Unser Markt ist von einer Lebhaftigkeit, wie seit vielen Jahren nicht, und die Preise übertreffen die kühnsten Hoffnungen der hiesigen Eigner und Hochunternehmer. Der Krieg in Amerika hat dies zu Wege gebracht, und andererseits unsere lächerlich geringen Vorräthe. Besonders Weizen ist auf eine Preisöhe gekommen, welche an die alten goldenen Zeiten Odesa's erinnert.“

Die Schiffsrachten sind ruhiger geworden, da wir hier ja fast keine Vorräthe mehr haben, um die Dampfer zu füllen.“

Ueber die unheimliche Abnahme der russischen Getreidevorräthe giebt die folgende vom russischen Finanzministerium erhobene, bis zum 1.13. April reichende amtliche Statistik der russischen Getreidevorräthe Aufschluß. Die Zahlen sind Tausende Ruds (also je 16 380 Kilogramm.)

### 1. Hafensplätze:

	Weizen	Roggen	Safer
am 1. März 1897	28 495	18 402	6 268
„ 1. April	22 158	10 534	4 508
„ 1. Januar 1898	28 212	7 227	2 885
„ 1. Februar	17 804	5 539	2 572
„ 1. März	11 830	4 702	2 853
„ 1. April	9 229	4 780	1 781
	Gerste	Mais	Mehl
am 1. März 1897	11 075	4 258	2 492
„ 1. April	8 335	4 063	2 415
„ 1. Januar 1898	9 584	1 305	1 989
„ 1. Februar	7 215	400	2 279
„ 1. März	6 133	460	2 011
„ 1. April	5 685	374	1 412

### 2. Binnenmärkte:

	Weizen	Roggen	Safer
am 1. März 1897	14 035	11 270	4 952
„ 1. April	12 140	10 968	4 059
„ 1. Januar 1898	14 385	8 174	3 005
„ 1. Februar	12 159	7 715	2 961
„ 1. März	9 753	6 900	2 821
„ 1. April	7 053	7 282	2 000
	Gerste	Mais	Mehl
am 1. März 1897	105	—	10 496
„ 1. April	101	—	11 205
„ 1. Januar 1898	134	—	9 940
„ 1. Februar	145	—	11 105
„ 1. März	90	—	11 770
„ 1. April	85	—	10 725

### 3. In den Elevatoren und Speichern:

	am 1. Jan.	1. März	1. April
	1898	1898	1898
Weizen	2 424	1 885	1 512
Roggen	4 291	3 803	3 001
Safer	3 505	3 088	2 804
Gerste	201	148	33
Mais	105	81	43
Mehl	1 238	1 704	1 834

Ueber den rumänischen Getreidemarkt wird dem gleichen Blatte aus Braila geschrieben:

„Der spanisch-amerikanische Krieg hat unsere hiesigen Preise bedeutend in die Höhe gebracht, und wenn wir auch wegen unserer kleinen Vorräthe aus unserer früheren vorjährigen Ernte augenblicklich nur wenig Vortheil daraus ziehen können, so rechnen die hiesigen Unternehmer doch auf hohe Preise für die neue Ernte, in der Erwartung, daß der Krieg recht lange sich hinauszuziehen werde.“

Ueber die Preisentwicklung im Deutschen Reiche schreibt die „National-Ztg.“:

Es spottet aller Erfahrung! Mit Riesenschritten wie gegenwärtig hat sich eine Konjunktur in Weizen wohl noch niemals entwickelt, und man mag den Einfluß der Haufe-Operation in Nordamerika so hoch anschlagen wie man nur immer will, ohne Vorhandensein einer sehr gediegenen Grundlage hätte sich ein allgemeiner Aufschwung der Preise in jegiger Ausdehnung unmöglich auf künstlichen Wege herstellen lassen. Der Getreidehandel der ganzen Welt hat eben die Gefahr, die man sich aufzucht, nicht erkannt. Daß man auch hier, trotz aller Angstlichkeit der beteiligten Handelskreise gegenüber der wilden Haufe-Strömung, ihr folgen muß, ist wegen der erschöpften Vorräthe einzuemahren selbstverständlich, und so ist nun heute der Preis für guten Lieferungsweizen auf etwa 208 M. angelangt, und der Preis für solchen Roggen ist jetzt auf 180 bis 181 M. zu stehen. Zukünftige Lieferung von Roggen steht nur wenige Mark zurück, gegen bald zu übernehmende Waare Weizen auf Lieferung im Juli, ist aber reichlich 10 M. billiger als sofort zu übernehmende Waare.

Die steigenden Getreidepreise machen sich auch in Afrika in wenig angenehmer Weise bemerkbar. Das Brot wird zunächst bedeutend geringer an Gewicht geliefert, oder auch die Bäcker liefern eine geringere Anzahl für den gewöhnlichen Preis. Namentlich in den Restaurants haben die Vebrote an Umfang verloren.

In Oesterreich-Ungarn muß man infolge des Widerstandes der ungarischen Regierung von der Suspension der Getreidezölle absehen.

Ueber die Wirkung der Hungersnothpreise in Spanien und Italien berichten wir in anderem Zusammenhange. —

Ueber das Ergebnis der Wahlen in Frankreich liegen noch keine authentischen Nachrichten vor. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Paris gemeldet:

Jetzt sind alle Wahlen bis auf zehn, meist koloniale, bekannt; 388 sind endgiltig, in 183 wird ein zweiter Wahlgang nöthig. Die Regierungs-Republicaner, die unter der Gesamtbezeichnung Fortschrittliche auch die Belehnten und Kleinfiscalen in sich begreifen, haben 218 Siege, die Radikalen, von denen ein Theil sich Radikal-Sozialisten nennt, 118, die Sozialisten 24 und die Monarchisten 30. Die Regierungs-Republicaner gewinnen 85 Siege und zwar von den Radikalen 24, den Sozialisten drei, den Monarchisten acht, dagegen verlieren sie 21, und zwar an die Radikalen 18, die Sozialisten drei, die Monarchisten zwei. Ihr Reingewinn beträgt also 11 Siege. Von den Ministern steht nur der Resonienminister Lebon zum zweiten Wahlgang. Au Jaurès sind aus Paris, Lyon und Marseille zahlreiche Anerbietungen von Weidern gelangt, beim zweiten Wahlgang zu seinen Gunsten zuzuschreiten; Jaurès hat sich noch nicht entschieden. Die Sozialisten berechnen die Zahl ihrer Stimmen in Paris auf 203 000.

Deville, von dem gestern gemeldet war, er sei endgiltig durchgefallen, befindet sich in Stichwahl (im vierten Pariser Arrondissement).

Aus Paris schreibt unser Korrespondent: Zu den hervorsteckendsten Jügen des Hauptwahlkampfes in Paris gehört die Haltung Rochefort's gegenüber den Sozialisten. Unsere Genossen sind gewiß von jeher nicht veröhnt durch eine ehrliche Kampfweise der Gegner. Allein was Rochefort und seine Schlepenträger in puncto Gewissenhaftigkeit geleistet haben, stellt alle sonstigen Anthe der Antisozialisten völlig in den Schatten. Ein würdiges Gegenstück dazu mag höchstens das Benehmen der Wiener Antisemiten bilden.

Schon seit Monaten hatte Rochefort aus der Dreyfus-Affäre sein Wahlprogramm gemacht und den Sozialisten den Krieg angekündigt, falls sie nicht die Unfehlbarkeit der geheimen Militärjustiz mit allen bezahlten und freiwilligen Anbeter des Generalsstabes anerkennen würden. Die Drohung des in Gröhenwahnwitz lebenden Demagogen hatte jedoch nur infosern Gewicht, als einige diplomatisch angelegte Sozialisten sich über die Dreyfus-Affäre auszusprechen suchten, während die übrigen bei allen Schwankungen immerhin ihre Sympathie mit der würdigen Stellungnahme des Genossen Jaurès nicht verhehlten. Rochefort, der sich allen Entes für einen Sozialisten hält, führte nun seine Drohung aus. Sein Blatt „Intransigent“ empfahl eine Kandidatenliste für das Seine-Departement, auf welcher nur vier bisherige profectarisch-sozialistische Abgeordnete figurten: Millerand, Viviani, Grouffier und Couant. Die übrigen 28 Kandidaten Rochefort's sind ehemalige Boulangeristen oder „patriotische Sozialisten“, auch-sozialistische



und bürgerliche Radikale, und vor allem gesinnungslose Sesselfäger, darunter persönlich geradzug die qualvollsten Menschen, wie Verwoort, Rochefort's Schwager und Chefredakteur des schmutzigen "Gierhagen-Organs" "Zour". Und am schändlichsten kämpfte der "Intransigent" gerade für Verwoort, der mit zwei weiteren Abenteurern gleichen Kalibers gegen die drei biedereren sozialistischen Abgeordneten des Montmartre-Bezirks, Sembat, Rouanet und Lavy Sturm läuft. Die Wiederwahl dieser drei Sozialisten, so heißt es im "Intransigent", wäre gleichbedeutend mit der Billigung der Umtriebe des internationalen Komplots, dessen Zweck es ist, einen neuen Triumphzug der Franzosen in Paris vorzubereiten. . . Die Mitschuldigen der Verächter, die Anführer eines Bürgerkrieges und eines auswärtigen Krieges werden vergebens gearbeitet haben: trotz der verschwendeten Taler und Marl (1), trotz der unentgeltlichen Verteilung von Verleumdungs- und Chantage-Zeitungen, die von dem Verräters-Syndikat bezahlt sind, wird André Verwoort im ersten Wahlgang siegen. . . Na, Dr. Lueger von Wien mag sich begnügen lassen! Ferner ist hervorzuheben, daß gerade die ärgsten Schlingel Rochefort's zugleich vom Kerikalen Klopffechter, Abbé Garnier, von der Kerikal-antifemistischen "Libre Parole" und dem bonapartistischen Zentralkomitee unterstützt werden. Also die richtige alte Boulangé! Esfreulich ist, daß trotz dieser schmutzigsten Kampfmittel gegen unsere Parteigenossen und obgleich sie von einer wegen ihres Kampfes gegen Napoleon III. und wegen ihrer Teilnahme an der Konvulsion bei den Arbeitern sympathischen Persönlichkeit ausgingen, die Zahl der sozialistischen Stimmen erheblich zugenommen hat.

**Die Vorgänge in Mailand** möchten die italienischen und deutschen Reaktionen außer Zusammenhang mit der Steigerung der Getreidepreise bringen und auf ein von langer Hand geplantes politisches Komplotz zurückzuführen. Diese Anschuldigungen, deren Zweck auf der Hand liegt, widersprechen den offenkundigen Thatsachen, die über die Entstehungsgeschichte des Aufstandes bekannt wurden.

In einem großen Arbeiterzentrum gelangte ein Manifest zur Verteilung, das zu einer Protestversammlung wegen der Brotvertheuerung einlud. Die Polizei erschien, die Verteiler zu greifen, und gleich entspann sich ein blutiger Kampf.

In Ma (Zug) aus Mailand eingetroffene Reisende berichten einem hiesigen Blatte zufolge von furchtbaren Straßenkämpfen, die dort seit Sonnabend stattfinden. Die Truppen züchten auf jede Ansammlung von drei Personen. Man kämpft auf den Dächern und in den Häusern, namentlich in den Vorstädten. Seit gestern werden auch viele Gewehre unter den Rebellen bemerkt. Am Sonnabend sollen 100-200 Tote, Sonntag noch mehr, am meisten aber gestern gewesen sein. Verwundet sind viele Hundert, wovon die meisten sterben. Das neue Geschöß wirkt wie ein Sprenggeschöß. Der Platzkommandant General Bava Beccaris hat den Wiederbeginn der Arbeit für heute befohlen; man befürchtet, daß nicht alle Arbeiter zustimmen und daß daher neue Unruhen bevorstehen. Die Garnison beträgt jetzt ca. 20 000 Mann. Die Bewegung ist ohne Leitung; die Sozialisten haben von Anbeginn zur Ruhe gerufen. Trotzdem hat man sich nicht gekümmert, unsere Genossen, die Abgeordneten Turati, Bissolati und Costa, sowie zahlreiche andere Sozialisten zu verhaften, die Arbeitstätte zu sperren, zahlreiche sozialistische Vereine aufzulösen! Unter den Gefallenen und Verwundeten ist kein bekannter politischer Führer.

Aus Lugano wird telegraphiert: Nach hier vorliegenden Nachrichten aus Mailand scheint sich dort die Lage kaum gebessert zu haben. Seit gestern Mittag 1 Uhr ist der Eisenbahnverkehr zwischen Chiasso und Mailand unterbrochen. Es verlautet, die Eisenbahnbediensteten streiken und halten den Mailänder Zentralbahnhof besetzt; die Randleute der Brianza sollen, mit Heugabeln bewaffnet, zur Unterstützung der Streikenden herbeieilen.

Die Wiener "Arbeiter-Zeitung" schreibt:

Der größte Teil der in Mailand angesammelten Truppenmacht wird verwendet, um die Stadt gegen die Zugänge von außen abzusperren. Das Landproletariat, der abgehaute Bauer, die in ihren Dörfern vereinzelt und machtlos jahraus, jahrein die Leiden der erbärmlichsten Volk, den erbarmungslosesten Steuerraub getragen, sie haben in ihrer Verzweiflung, in dem namenlosen Elend dieses Hungerjahres das Mittel gefunden, ihrem Groll und ihrer Erbitterung wirksam Ausdruck zu geben, sie dringen nach der benachbarten Großstadt, um hier an einem der Lebenspunkte des politischen und wirtschaftlichen Staatsorganismus das herrschende System zu bedrohen. Sie eilen auf den Schauplatz, auf dem die Kämpfe des modernen politischen Lebens entschieden werden. Das ist die bedrohlichste Erscheinung in den wilden Kämpfen, die Italien in diesem Frühjahr erschüttern. Sie wird es noch mehr, wenn man erwägt, daß Mailand die gewerbetreibendste Stadt Italiens ist, eine durchaus moderne Stadt, die das unzählbare Lumpenproletariat der süd- und mittelitalienischen Städte nicht hat, und daß die Umgebung von Mailand, wie überhaupt ganz Norditalien, den wirtschaftlich entwickeltesten und verhältnismäßig wohlhabendsten Teil des Königreichs bildet.

Im übrigen hat die Regierung Rudini's „mit festem Schritt“ den Pfad wieder betreten, auf dem Crispi das Königreich in seinem gegenwärtigen Zustand geführt hat, sie löst die sozialistischen und radikalen Vereine auf und hebt die sozialistischen und radikalen Blätter auf. Und in die Revolutionskämpfe, diese gräßlichen Konvulsionen des Elends, gegen die sich die Gegenrevolution mit allen Gewaltmitteln richtet, mißt sie die Lärm offizieller Festlichkeiten, die, welche gräßliche Ironie, die Acht- undvierziger-Revolution feiern. Der König hat in Turin bei der Feier des italienischen Parlaments eine Rede gehalten, in der er die Einigung Italiens feierte und sein Haus als Dolmetscher der Gefühle des Volkes bezeichnete. Der Jubel des wohl vorbereiteten Festes begrüßte diese Rede. Aber eine ganz andere Antwort rief aus den Schmerzensschreien des verzweifeltsten Elends, die sich aus allen Teilen des Königreichs erheben. Und die drohenden Nachrichten riefen den König eilends vom Festplatz nach Rom zurück. Nein, es ist jetzt keine Zeit zu Festen und Festreden in Italien, am wenigsten für Feste, die den Segen des herrschenden Regimes und den Ruhm des Hauses Savoyen feiern sollen.

Ueber die gestrigen Tumulte in Neapel giebt die „Agenzia Stefani“ nachstehende Einzelheiten: Gegen Mittag begann eine Anzahl Studenten die Agitation in der Universität zur Ehrung des Andenkens des in Neapel bei den Aufständigen getödeten Studenten Ruffi. Die Studenten begaben sich sodann nach dem Marktwortel, wo sie sich mit den aufgeregten Elementen vereinigten. Die Menge veranstaltete Kundgebungen, wurde jedoch von der Polizei auseinander getrieben. In dem Marktwortel vereinigten sich die Aufwühler, von denen mehrere „mit Stöcken bewaffnet“ (1) waren, wiederholt und machten den vergeblichen Versuch, die Arbeiter in der menschlichen Werkstatt von Deluca zur Einstellung der Arbeit zu veranlassen. Die Truppen zersetzten wiederholt die Manifestanten. Ein anderer Haufe von etwa 700 Personen wurde im Viertel Bendino zerstreut, wobei zwei Polizisten und ein Soldat durch Steinwürfe verwundet worden waren. Drei Personen wurden verhaftet. Die Aufwühler zogen sich hierauf nach dem Hafenviertel zurück, wobei sie unterwegs zwei Straßenbahnwagen umstürzten. Sie versuchten sodann Baracken zu errichten, flohen jedoch, sobald das Militär herankam. Die Aufwühler in den mehreren Stadtteilen zogen sodann nach den höher gelegenen Stadtteilen hinaus, stürzten

hier abermals Pferdebahnwagen um, deren Scheiben sie zertrümmerten, warfen Gaslanolabier um, und schleuderten in der Concordien-Straße Steine gegen einen Trupp Soldaten, der hierauf Feuer gab, wodurch eine Person getödet wurde. Am Abend kam es in verschiedenen Stadtteilen zu neuen Unruhen; die Richtträger der elektrischen Beleuchtung wurden umgestürzt, es wurde mit Steinen geschleudert, und auch einige Pistolenhische abgegeben; hierdurch wurden drei Soldaten und ein Postbeamter verletzt. Die Truppen mußten Feuer geben und verwundeten drei der Aufwühler, darunter zwei schwer. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Andere Ansammlungen wurden auf dem Plage vor dem Bahnhofe und in der Straße Borgo di Loreto zerstreut, wo die Aufwühler eine Baracke zu bauen versuchten und ein Spülbehälter in Brand steckten. Auch in einigen kleinen Gemeinden der Provinz, so in Marano und in Bobotrocase kamen Unruhen vor. — Infolge der beschriebenen Vorgänge ist über die Provinz Neapel der Belagerungszustand verhängt worden. Der Kommandeur der Division Neapel, General Malachia, ist zum außerordentlichen königlichen Kommissar mit Vollmachten zur Wiederherstellung der Ordnung ernannt worden.

Aus Venedig meldet die „Voss. Ztg.“: Der Stadtrat hob heute zeitweilig die Abgabe auf Brot auf. Die Brotpreise sanken beträchtlich. Die ganze Garnison und die Mannschaften der Kriegsschiffe sind in Vereinskraft. Da die Sozialisten Unruhen zu erregen drohten, verhaftete die Polizei 23 von ihnen. In Padua wurde die Universität geschlossen, Professor Panebianco, ein eifriger Sozialist, verhaftet. General Bava drängte dem hier befindlichen Großherzog von Baden, daß er gefahrlos nach Mailand kommen könne. Der Großherzog reiste gestern Nachmittag dahin ab.

Aus den Provinzen werden verschiedene neue Unruhen gemeldet. In Gansana mußten die Truppen einschreiten, wobei einige Verwundungen vorliefen. In Lugano (2) haben sich die Bauern mit Heugabeln bewaffnet, um nach Mailand zu ziehen und die ausländischen Eisenbahnarbeiter zu unterstützen.

Die „Opinione“ berichtet, daß es heute in Bologna zu einer unbedeutenden Aufwühlung durch Arbeiter gekommen sei und daß dort einige Erregung unter den Studenten herrsche; auch seien in Padua und Treviso Aufwühlungen vorgekommen.

Die „Italia“ erklärt es für unbegründet, daß die Minister sich schon für die weitere Vertagung der Kammer entschieden hätten, obgleich gute Gründe für diesen Entschluß vorhanden wären.

Herr Rudini scheint die Kritik der Kammer und, wie die strenge Depeschensensur beweist, auch die des Auslandes sehr zu fürchten. —

### Deutsches Reich.

**Die Ernennung des Kontre-Admirals außer Dienst Werner** wegen seiner Tätigkeit in der Flottenfrage zum Vize-Admiral weckt alte Erinnerungen wieder. Zu einer Zeit, da man innerhalb der Regierung noch nicht daran dachte, vierlosen Flottenplänen nachzugehen, war es der Kontre-Admiral Werner, der in einem Buche Stimmung für die Bewilligung neuer ungezählter Millionen zu Marinezwecken machte. Dies Buch scheint die Regierung damals stark verschümpft zu haben, denn offiziell bekam Herr von Werner durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgenden Mißfall:

„In der Zeit, als Herr v. Werner noch der Marine angehörte, mögen seine Ansichten über Erziehung des Marinepersonals, über Verwendung der veralteten Schiffstypen als Kreuzer unter Segel, als Wachtschiffe vielleicht noch diskutierbar gewesen sein, heutzutage wird seine Vorschläge niemand in der Marine ernst nehmen. Es verlohnt sich daher nicht der Mühe, auf dieselben einzugehen, ebensowenig wie auf die Kritik der Organisation der höchsten Marinebehörden, da dem Kritiker jede Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse fehlt. Er kennt weder die wirklichen Bedürfnisse und den Dienst der obersten Kommandobehörde und der Stationskommandos, noch die verfassungsmäßigen Pflichten und Befugnisse des Staatssekretärs der Marine als Vertreter des Reichslanzlers, noch die Zweckbestimmung des Marinekabinetts. Möchte Herr v. Werner seinen Anspruch wahr machen, daß die vorliegende Schrift die letzte dieser Art aus seiner Feder war!“

Heute gilt Herr v. Werner wieder als erstklassige Autorität, — so änderten sich die Zeiten! —

**Herr Miquel erlebt wenig Freude an seinen agrarischen Schülern.** Diese verlangen zwar alle Vorteile des entwickelten Geldverkehrs für sich, sie selber lehnen es jedoch hartnäckig ab, sich irgendwie den Erfordernissen eines modernen geldwirtschaftlichen Geschäftsbetriebes anzupassen. So hat die Zentralgenossenschaftskasse, um im Notfall wenigstens einen Teil ihrer Kassenstände rasch einlösbar zu machen, von der Provinzial-Genossenschaftskasse für Posen verlangt, sie solle — bei einem zugebilligten Kredit von 3/2 Millionen Mark! — die letzten 600 000 R. in Wechseln hinterlegen, welche von den lokalen Spar- und Darlehnskassen akzeptiert sein müssen. Darauf haben die Bauern auf der Posener Generalversammlung „geschloffen“ erklärt, daß sie sich dazu nicht bereit finden lassen könnten; „sie wüßten mit Wechseln nicht umzugehen, verständen von Wechseln nichts und wollten mit Wechseln nichts zu thun haben“. Die agrarischen Blätter loben sogar diese Bauern, die noch von allem gutem Schrot und Korn seien. Man verlangt also zwar vom Staate den unbeschränktesten Kredit; die wirksamsten Mittel jedoch, den Staat gegen Verluste und Verlegenheiten zu sichern, verweigert man ihm. Herr Miquel wird innerlich von diesen Agrariern wahrheitsgemäß wenig schmeichelt denken, aber seine ganze Stellung ist eine derartige geworden, daß er in der Wahrung der Staatsinteressen immer von neuem einen Pfad zurückstecken muß. Wahrscheinlich wird er das auch gegenüber der Posener „Pump-anstalt“ thun.

**Tang- und langlos ist die lox Kronz** am Sonnabend im preussischen Abgeordnetenhause in dritter Lesung angenommen worden. Voller Hohn bemerkt die „Post“, daß auch nicht ein Mitglied der Linken es für nötig erachtete, gegen die angebotene Verdröhung der Lehrfreiheit und der Freiheit der Wissenschaft ein Wort zu sagen und schließt mit der Behauptung, daß auch der Därm, der sich anfänglich in der Presse erhoben habe, viel geringer gewesen sein würde, „wenn Dr. Kronz kein Jude wäre.“ Wir sind vielmehr der Meinung, daß von bürgerlicher Seite viel energischer und zwar bis zum letzten Moment gekämpft worden wäre, wenn es sich im Fall Kronz nicht gerade um einen Sozialdemokraten gehandelt hätte. Mit vollem Recht wieder der greise Birchow bei der zweiten Lesung im Abgeordnetenhause darauf hin, daß das Gesetz nur vom Standpunkt derer zu rechtfertigen sei, die ein neues Sozialistengesetz herbeiwünschten, und die es um jeden Preis hintertreiben wollen, daß die Sozialdemokratie, ja nur der einzelne Sozialdemokrat als gesellschaftlich gleichberechtigt anerkannt werde. Aber solche Elemente befinden sich in allen Kreisen bis in die nächste Nähe des Herrn Birchow selbst. Wir wissen es sehr genau, daß es Herrn Vossie und Genossen durchaus nicht unangenehm war, mit einem Gesetz, das den reaktionären Stempel der Karlsbader Beschlüsse unverkennbar an der Stirn trägt, in der letzten Session vor den Wahlen zum Abgeordnetenhause wie zum Reichstag hervorzutreten. Man bemühte sich mit allen anderen Mitteln, dem Andrängen der Rechten, Stumm- und Geduldsgeißelung entgegen zu leisten; mit Drohung, Freundlichkeit und List suchte man seitens des Kaisersministeriums den unbedeutenden Sozialdemokraten los zu werden. Erst als diese Mittel abprallten, als der Minister sich eine Niederlage zugezogen hatte, die ihm den mehr oder minder versteckten Vorwurf der Jaghaftigkeit und Schwäche von konservativer, wir möchten sagen offizieller Seite zugezogen hat und ihn seinen endlichen Triumph nicht allzu lange überdauern lassen wird, — erst dann rückte er mit dem Entwurf hervor, den der Abg.

Birchow mit vollem Recht ein Verlegenheitsgesetz nannte. Aber mit dem Verlegenheitsgesetz hat das Abgeordnetenhause dem Ministerium, — um wieder einen Ausdruck Birchow's zu gebrauchen — ein „Wortinstrument“ in die Hand gegeben, dessen feierlich verheißene Anwendung auf unseren Genossen schon sehr weite Kreise kalt lassen wird, die von der möglichen, weiteren Anwendung ungenügend überrascht werden könnten. Oder sollte der Mannesmut in den Kreisen des Gelehrtenstandes bereits so tief gesunken sein, daß die Macht in der Hand des Ministers genügt, die schon jetzt angeforderten Abänderungen zu ersuchen? —

**Kassel, 9. Mai.** Das Wasser der Fulda steigt weiter. Aus den verschiedensten Theilen des Regierungsbezirks treffen Berichte über fortdauernde Regengüsse und dadurch verursachte Ueberschwemmungen und Verheerungen ein.

Man sieht, wie dringend die Inangriffnahme der so wichtigen Uferschutz- und Flußregulierungs-Bauten ist. Aber Ressortabgrenzungs-Maßnahmen, bürokratische Erwidigungen etc. bilden immer neue Ursachen der Verzögerung. —

**Dresden, 9. Mai. (Sig. Ver.)** Die zweite Kammer beschäftigte sich heute abermals mit dem Veresins- und Versammlungsgesetz. Die erste Kammer will bekanntlich nur Minderjährige von den politischen Versammlungen ausschließen, den Frauen aber ihre bisherigen Rechte belassen. Die zweite Kammer trat heute, um die Verlesung nicht ganz so gefährden, den Beschlüssen der ersten Kammer bei und verzichtete damit auf einen Teil ihrer früheren Beschlüsse. Die nationalliberale Deputationsmehrheit versuchte zwar, die einfache Regierungsvorlage (Aufhebung des Verbindungsverbots) zu retten, vermochte aber nur 23 Stimmen auf ihren Antrag zu vereinigen. Seitens unserer Partei sprachen Goldstein, Fräßdorf und Seifert gegen die konservativen Verleserungsanträge, scheiterten aber natürlich an der geschlossenen konservativen Majorität. Fräßdorf geigte diesen Verleserern der Volkrechte so sehr die Wahrheit, daß er mehrmals zur Ordnung gerufen wurde. Von den Konservativen sprach Ory in seiner gewohnten langweiligen Manier. Die Regierung gab keine Erklärung ab, doch ist an der Annahme der Verleserung von ihrer Seite wohl kaum zu zweifeln. Sie wird sich dem Willen der beiden Kammermajoritäten fügen. Es sind merkwürdige Bedenkstage, an denen die sächsische Reaktion ihre Triumphe feiert; als vor zwei Jahren die endgültige Entscheidung über die Wahlrechts-Verleserung fiel, schrieb man den 18. März — die endgültige Entscheidung über die Verleserung des Vereins- und Versammlungsrechts fällt auf den 9. Mai, den Geburtstag des blutigen Dresdener Mailustandes. Das Volk wird sich so die Schandthaten der sächsischen Konservativen leichter merken. —

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Genosse Hermann Heine wurde Sonnabend von der vierten Strafkammer des Landgerichts I von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen. Vertheidigt wurde derselbe von Herrn Rechtsanwalt Palfser. —

### Oesterreich-Ungarn.

**Budapest, 9. Mai.** Die österreichische Delegation hielt heute Nachmittag die erste Sitzung ab. Delegirter Niemann erklärte namens der deutschen Volkspartei, daß diese an den Delegationsverhandlungen nur mit dem Vorbehalte theilnehme, daß hieraus kein Rückschlag auf die Stellung der Partei zu den anlässlich der Ausgleichs-Verhandlungen auftauchenden staatsrechtlichen Fragen, sowie zur Frage der entsprechenden Verteilung der Lasten zwischen den beiden Reichshälften gezogen werde. Delegirter Bergelt, namens der deutschen Fortschrittspartei, und Delegirter Krumm, namens der Christlich-Sozialen schloßen sich dieser Erklärung an. Zum Präsidenten wurde der Pole v. Jaworski gewählt.

**Budapest, 9. Mai.** Die ungarische Delegation konstituirte sich und wählte Koloman Szell zum Präsidenten, den Grafen Julius Szapary zum Vizepräsidenten. Koloman Szell hielt eine Ansprache, in welcher er ausführte, die Politik Ungarns könne, wie beständig seit 80 Jahren, auch heute nur eine Politik des Friedens sein. Diese Politik Ungarns, welches mit allen Mächten in einem freundlichen, guten Verhältnisse zu bleiben wünsche, sei auf dem Dreieck aufgebaut. An diesem Dreieck halte Ungarn aufrichtig und mit großer Innigkeit fest, denn es habe in demselben alle Zeit eine Sicherung der wechselseitigen wahren Interessen erblickt und einen Faktor allerersten Ranges zur Sicherung des europäischen Friedens erblickt. Ungarn wünsche eine freie Entwicklung seiner mächtigen östlichen Nachbarn, der Balkanstaaten, auf Grund der bestehenden Verträge und des status quo. Redner erwähnte sodann den spanisch-amerikanischen Krieg und sagt, derselbe verführe die Interessen Ungarns nicht. Des weiteren besprach Redner die Entwicklung der Wehrkraft in allen Ländern und fuhr fort, auch Ungarn könne sich den Folgen dieser bedauerlichen Lage nicht entziehen und müsse alle hieraus folgenden Lasten tragen; man dürfe jedoch nicht die Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit überschreiten. Zwischen beiden Gesichtspunkten das richtige Maß einzuhalten, sei die erste, pflichtgemäße Aufgabe der Delegation.

**Budapest, 8. Mai. (Sig. Ver.)** Wenn die Budapester Polizei und deren Auftraggeber etwa gehofft hatten, durch ihre empörende Verfolgungskampagne die sozialdemokratische Partei in Budapest aktionsunfähig zu machen, so konnten sie heute deutlich erleben, daß sie sich hierin getäuscht haben. Die heute arrangirte Wahlfreie Demonstration, obwohl noch in den letzten 24 Stunden wegen der Ueberlastung des Versammlungsortes zweifelhaft geworden, gestaltete sich wieder imposant. Um 3 Uhr nachmittags fand vom Galvinsplatz über die innere Ringstraße und Andraßystraße ein Aufmarsch der organisirten Branchen mit Fahnen und improvisirten Standarten ins Stadtwaldchen statt, dessen Theilnehmer auf über 25 000 Mann geschätzt werden können. Eine Stunde vor Anlangen des Juges auf dem Versammlungsorte hatten sich bereits schon nahezu 10 000 Personen eingefunden, so daß das Meeting von circa 35 000 Personen besucht war.

Die Versammlung wurde vom Reichstags-Abgeordneten Franz Sima von der Unabhängigkeits- und 48er Partei, mit dem die sozialdemokratische Parteileitung kürzlich ein Kompromiß eingegangen, einberufen.

Nachdem derselbe die Versammelten mit einer kurzen Ansprache begrüßt hatte, erfolgte die Wahl des Bureaus: Vorsitzender Franz Sima und Genosse Dr. Ad. Goldner; Schriftführer Dr. Miklos Sig und Ernst Garami.

Der erste Redner Dr. Söla Spökely, Redakteur des „Häggeleség“ (48er Partei), Organ Sima's, betonte, die Zeit sei gekommen, wo die politische Gleichberechtigung endlich Wahrheit werden müsse. Es soll keinen Unterschied mehr zwischen Menschen und Menschen geben. Redner ist nicht Sozialist, sondern Radikaler, aber betr. der Ausdehnung der politischen Rechte sei ein Zusammengehen mit den Sozialisten geboten. Im Interesse des Vaterlandes, der Menschheit, muß das allgemeine Wahlrecht mit geheimer Abstimmung eingeführt werden; ohne politische Rechte kein Patriotismus. Die wahre Unabhängigkeit von Oesterreich könne nur durch das allgemeine Wahlrecht zur Thatsache werden, dieses wird das Land von der bodenlosen Korruption reinigen. Erst das allgemeine Wahlrecht wird Ungarn frei und unabhängig machen.

Genosse Desztor Sozánki erklärt, so wie heute, werde die Sozialdemokratie immer häufiger auf den Plan treten; unter Motto lautet vorerst: Keine Ruhe in Ungarn, ehe das allgemeine Wahlrecht nicht eingeführt ist. Die Liberalen haben ihre Bringhamen an den Nagel gehängt, wie Koloman Tiba die Wikare Punkte. Liberalismus — das ist jetzt Gefehlosigkeit und Willkür; freier Wettbewerb — modernistisches Faustrecht. Welche Wohlfahrts-Einrichtungen für das Volk haben die Liberalen geschaffen? Den Schulwagen, den Bauerntrod. Wie steht der politische Fortschritt aus? Die Wahrung aller konstitutionellen Rechte, die Aufhebung der Prekariat in der Verordnungswege. In allen modernen Staaten besteht schon das gleiche Wahlrecht, nur in „freien Ungarn“ nicht. Das



Woll ist unweib, sagt die Regierung — aber sie selbst ist unweib, da sie mit brutalen Gewaltthätigkeiten regiert, während das Volk Weiblichkeit will. Der Begriff „Vaterland“ ist für uns nur denkbar in einem Gemeinwesen freier und gleicher Menschen. Die Unabhängigkeit Ungarns bedeutet für uns nicht, der Kampf gegen die Ausbeutung durch Oesterreich, sondern der Kampf gegen die Ausbeutung ungarischer Arbeiter durch ungarische Kapitalisten, Großgrundbesitzer und Großindustrielle. (Lebhafter Beifall und Gendellachen.)

Genosse Eduard Baron weist darauf hin, daß betreffs des Wahlrechts nur das „freie Ungarn“ eine schmachvolle Rückschritt aufweist. 1849 schrieb ein deutscher Dichter, Ungarn sei von einem Völkchen (Ruhland) überwunden worden; heute ist das ungarische Volk von Hunderten unterjocht. Und seine sang: „Wenn ich den Namen Ungar hör, wird mir mein deutsches Wams zu enge.“ Wenn er die Verbrennen sähe, die heute täglich am ungarischen Volke begangen werden, sein Wams würde ihm wieder zu weit. Aber trotz aller brutalen Gewaltthätigkeit wird die herrschende Klasse mit uns nicht fertig werden. Jeder einzelne muß zum eifrigen Agitator werden und keine Ruhe darf es in Ungarn geben, ehe wir nicht das allgemeine Wahlrecht erkämpft haben. (Langanhaltender Beifall.)

Von lebhaften Oeffnungen und Händeschwenken begrüßt, hielt nun Reichstags-Abgeordneter Franz Sima das Schlusswort. Die Wahlrechtsbewegung muß zum Siege führen, wenn sich die Hunderttausende der arbeitenden Bevölkerung unermüdet im Kampfe zeigen. Von den Palästen bis in die Hütten weih heute jedermann in Ungarn, daß das allgemeine Wahlrecht kommen muß, wenn notwendig, so durch eine Revolution. Wer sein Vaterland liebt, wird den friedlichen Weg vorziehen. Die Wahlrechtsbewegung besteht nicht nur in Budapest, es ist eine Landesbewegung; zur heutigen Demonstration sind Deputierten aus 14 Ortschaften erschienen, ferner sind 91 Zustimmungskarte und Begrüßungs-telegramme aus allen Theilen des Landes eingelaufen. Als Ausfluß des heutigen Massenmeetings werde in Angelegenheit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts eine Adresse an das Abgeordnetenhaus gelangen. Mit einem Appell an die Versammelten, im Kampfe ums Wahlrecht mit Begeisterung auszuhalten, erklärte Redner die Versammlung für geschlossen.

Die Menge entfernte sich sodann unter Absingen der Marschlied Langsam und in vollster Ordnung. In einem Zwischenfall war es nirgends gekommen.

### Schweiz.

**Bern, 9. Mai.** (Fig. Ver.) Die am Sonntag im Kanton Bern stattgefundenen Stichwahlen für den Kantonsrat haben unseren Genossen in der Stadt Bern drei weitere Sitze gebracht und ein Mandat in Biel, sodaß nach meiner Uebersicht nunmehr insgesamt 14 Sozialdemokraten gewählt sind, während deren bisher nur drei im Kantonsrat saßen. Weniger erfolgreich waren unsere Genossen im Kanton Neuchâtel und in Basel, wo sie infolge schlechter Wahlbetheiligung der Arbeiter je zwei Mandate verloren, sodaß sie in letzterem Kanton statt der bisherigen 16 nur noch 14 und in Basel statt 9 nur noch 7 Vertreter haben. —

### England.

**London, 9. Mai.** Unterhaus. Die zweite Lesung der Juppbill wurde mit 237 gegen 23 Stimmen angenommen. —

**London, 9. Mai.** Unterhaus. Wilson richtete an die Regierung die Anfrage, ob mit Frankreich, Deutschland oder einer anderen Macht ein Abkommen oder Einbernehmen bestehe, nach dem sich die Parteien verpflichteten, keine weiteren Inseln oder Landgebiete im Stillen Meere zu erwerben. Der Parlaments-Untersekretär des Aeußern, Curzon, erwiderte, ein derartiges Einbernehmen bestehe nicht, obgleich besonders Vereinbarungen hinsichtlich einzelner Inseln im Stillen Meere abgeschlossen worden seien. — Auf eine Anfrage erklärte der Kolonialminister Chamberlain, die Zeitungs-Verichte über die Vorgänge in Sierra Leone seien zweifellos übertrieben, da die dortigen Kaufleute die Gefahr überschätzen. Nach der Meinung des Gouverneurs und der übrigen Behörden sei Freetown nicht gefährdet. Davitt befragte hierauf die Vertagung des Hauses, um die Aufmerksamkeit auf die Zustände in Sierra Leone zu lenken. Chamberlain bemerkte hierauf noch, die ursprüngliche Ursache des Aufstandes sei nicht die Einführung der Hüttensteuer. Während der vier Monate dauernden Regenzeit, in der die Feindseligkeiten unterbrochen werden müssen, solle eine Untersuchung stattfinden; inzwischen sollen der Kreuzer „Blake“ zum Schutze Freetowns entsandt und von Lagos zwei Kompanien westindischer Truppen nach Sierra Leone geschickt werden; hingegen sei nicht beabsichtigt, Truppen aus Europa dahin abgehen zu lassen. Auf diese Erklärung hin zieht Davitt seinen Antrag zurück. —

### Italien.

**Genoa, 5. Mai.** (Fig. Ver.) Es ist noch nicht genug an den beständigen Uebergriffen, mit denen man in Italien den Wuchstaben und den Geist des Gesetzes verlegt, an der ungeheuren Steuerlast, die auf dem Volke lastet; nicht genug, daß der Hunger im Lande umgeht, auf dem reichsten Boden und unter dem sonnigen Himmel: die italienische Regierung, die seit so vielen Jahren alle Energie und Thätigkeit im Lande zu zerlegen sucht, legt jetzt auch Hand an die Institutionen der Gemeindeverwaltung, sobald sie das Volk zu neuer Kraft und Wirksamkeit verwendet.

Am Nachmittag des 3. Mai ist der Stadtrat von San Remo aufgelöst und ein königlicher Kommissar ernannt worden. Seit drei Jahren war die Verwaltung der Stadt in Händen der Sozialisten, und trotz der mannigfaltigen Schwierigkeiten, die die Administration eines so bedeutenden Kurortes, dessen zahllose Besucher sicher nicht Sozialisten waren, dem Stadtratse bot, hat sich dieser die allseitigste Zufriedenheit erworben. Da es von Seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien nicht an einem mit allen anständigen und nicht anständigen Waffen geführten Kleinrieg gekehrt hat, versteht sich von selbst, angesichts der Wirksamkeit der Stadtverwaltung, die die Präjudizverteilung an die Schulinder, eine Form von kommunaler Progressivsteuer und ähnliches verfügt, die Munizipalisierung der Gasanlagen, der Apotheken etc. in Angriff genommen hatte.

Und als man sieht, daß mit Chikanen und Prozessen nichts zu machen sei, löst man den Stadtrat auf und wählt gerade das Proletariat aufsteht mit dem Schrei nach Brot und Arbeit, als schämte man sich bei dem Anblick der kleinen ehrlich und sozialistisch für das Gesamtinteresse sorgenden Stadt. Und der Grund? Das Manifest des Stadtraths am 1. Mai und ein Brief, den der Bürgermeister, der Genosse Rombello, an den Bürgermeister von Turin geschickt hat in Erwiderung auf eine Einladung, an der Einweihung der Rationalausstellung theilzunehmen. Manifest und Brief, bis jetzt von der bürgerlichen Presse mit großer Konsequenz verschwiegen, haben folgenden Wortlaut:

„Bürger!

Die alte Welt weiß und keine andere Geschichte, als die Geschichte des Krieges, eines Krieges der Menschen gegen den Menschen, einer Familie, einer Stadt, einer Provinz, einer Nation gegen die andere: Krieg aus religiösem, sozialem, wirtschaftlichem Gebiete, Krieg in allen Abzweigungen des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Unsere Väter sind Krieger und auf unseren Standbildern liegt der Besiegte unter der Fähr des Siegers.

Und an der Reize des Jahrhunderts beleuchtet die Sonne des ersten Mai, die ihr Licht über die zertrümmerte Menschheit wirft, die Anfänge eines Neupaktes, den alle mit Besorgnis und Schrecken betrachten. Der Krieg, der heute zwischen immer größeren Gruppen geführt wird, dehnt das Feld der ungeheuren Schlachtereien beständig weiter, so daß wir jetzt die zwei Halbglühen der Erde am Vorabend des Kampfes sehen.

Aber unterdessen verbreitet sich in der Masse ein Ideal, das der alten eine neue Welt entgegensetzt.

Warum ist der Mensch der Feind des Menschen? Es ist nicht wahr, daß die Erde nicht für alle genug gäbe; für alle muß Brot zc.

sein und Arbeit, für alle muß der Tag des Wohlstandes und Glückes kommen, wenn nur an Stelle des Kampfes des Menschen gegen den Menschen, der unterdrückt und zerstört, Eintracht und Solidarität treten, wenn nur die Herrschaft des einen über den anderen durch Gemeinsamkeit des Denkens und Schaffens ersetzt wird, der Haß durch die Liebe, der Streit durch die Harmonie der Interessen, der Krieg durch Frieden auf Erden!

Bürger!

Am ersten Mai steden die Arbeiter der ganzen Welt die rothe Blume ins Anoploch, den Tag herbei wünschend, an dem Privilegien, Haß und Krieg verschwinden und die Menschen wahrhaft Brüder sein werden in Frieden, Arbeit und Glück.

Bürger!

Gute Stadtverwaltung, der Fährte tret, unter der sie bei den Wahlen kämpfte, laßt Euch ein, Theil zu nehmen an der Vorfeier jener kommenden Zeit.

Der Stadtrat

(folgen Namen und Datum.)

San Remo, 28. April 1906.

Hochgeehrter Herr Bürgermeister von Turin.

Ich danke E. S. sehr für die freundliche Einladung zu den Einweihungsfeierlichkeiten der Ausstellung und der Gedächtnisfeier der Verfassung.

Die Stadt, die ich die Ehre habe, zu vertreten, steht keiner anderen nach in der Bewunderung und Dankbarkeit für die Stärke Turins, der Erweckerin der Bewegung für die nationale Wiedergeburt, der edleren Schülerin der Flüchtlinge anderer in die Sklaverei zurückgekehrter Provinzen, heute ein Vorbild an Wirksamkeit des kulturellen Fortschritts und vor allem des kühnen Vordringens auf dem Wege sozialer Gerechtigkeit.

So lange aber die vor nunmehr 50 Jahren mit so vielem Muth erworbenen Freiheiten dem ausschließlichen Vortheil einer Klasse dienstbar gemacht werden, kann die sozialistische Partei, der die Majorität des Gemeinderaths angehört, dem ich vorstehe, an keinem öffentlichen Feste theilnehmen; ich bin also gezwungen, mit der Versicherung meiner dankbaren Verehrung für E. S. die ehrenvolle Einladung abzulehnen.

In ausgezeichnete Hochachtung

Der Bürgermeister.

gez. Rombello.

Dies die beiden Dokumente. Wenn die Regierung glaubt, mit der Auflösung des Stadtraths das Vaterland gerettet zu haben, so täuscht sie sich gründlich. Die Sozialisten von San Remo werden ihr darüber eingehende Belehrung zu Theil werden lassen bei den städtischen Wahlen, wo trotz aller Machinationen und Kunststücken alle sozialistischen Gemeindevertreter, die man jetzt fortschickt, triumphierend wiederkehren und die unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen werden. —

### Schweden.

Das Arbeiterpensions-Gesetz, welches den Arbeitsinvaliden eine feste Pension geben will, beschloß die beiden Parlamente. In der Ersten Kammer vertheidigte der Zivilminister von Krusenstjerna die Vorlage. Er erkennt an, daß mit dem Wachsen der Industrie die Mißstände wachsen, unter denen die Arbeiter leiden; dagegen müssen Linderungsmaßregeln getroffen werden. Zahlreiche Redner sprachen gegen die Vorlage, welche darauf mit 101 Stimmen gegen 22 abgelehnt wurde.

In der Zweiten Kammer sprachen viele Redner für die Vorlage, einige dagegen. Der sozialdemokratische Standpunkt vertrat Hjalmar Branting; er führte aus:

Man dürfe nicht hoffen, durch solch ein Gesetz die Arbeiterbewegung zu bezwingen. Deutschland habe das Gegenteil bewiesen. Es müßte viel radikaler vorgegangen werden. Er fordere: Normal-Arbeitszeit, ein wirkliches Arbeiterlohn-Gesetz, Sicherung der Vereinsrechte. Die Bedeutung des vorliegenden Antrages liegt darin, daß der Staat im Prinzip anerkennt, daß es seine Schuldigkeit ist, für diejenigen zu sorgen, die im Dienst der Gesellschaft arbeitsunfähig geworden sind. Bei dieser Auffassung wird die Pension ein Recht und hört auf ein Almosen zu sein.

Es sei nicht der Fall, daß die Arbeiter gegen den Versicherungszwang protestirt hätten. Die Arbeiter sähen wohl ein, daß ohne den Zwang aus der Sache nichts würde, nicht weil sie leidenschaftlich sind, sondern weil ihr Einkommen so gering ist, daß es knapp für das Nothwendigste ausreicht. In der Kommission sei der ursprüngliche Antrag auch gemäß den Wünschen seiner Partei in einigen Punkten verbessert worden. Völlig ungenügend sei aber die Höhe der Pensionen. So beläme einer, der mit dem 40. Jahr eintritt, mit 65 Jahren jährlich ganze 88 Kronen. Noch schlimmer fände es mit denjenigen, die vor dem 65. Jahre invalid würden, da diese eine entsprechend reduzierte Rente erhielten. So würde der mit 40 Jahren ein-tretende, wenn er im Alter von 60 Jahren invalid wird, 22 Kr. erhalten!

Trotz aller Mängel des Gesetzes wolle er aber den Antrag annehmen, da immerhin dadurch das Prinzip der Staatspflicht anerkannt würde und vier bis fünf Millionen der Arbeiter zu gut kämen.

Der Antrag wurde mit 109 gegen 95 Stimmen angenommen. Da ihn aber die Erste Kammer ablehnte, ist auch dieses Arbeitergesetz gefallen! Das Schicksal der Ersten Kammer wächst! Ueberall dasselbe Bild: die Oberhäuser widersehen sich jeder Reform, selbst wenn die Regierung sie wünscht. —

### Asien.

**Schanghai, 10. Mai.** In der vergangenen Nacht kam es in Schanghai zwischen Gantau und Jichang, zu ernstlichen Aufruhrungen. Das Zollgebäude und eine Anzahl Ausländern gehörender Gebäude sind niedergebrannt. Einzelheiten fehlen.

**Japans Schiffbauanten.** Die japanische Marine hat nach dem glücklichen Kriege gegen China einen großen Aufschwung genommen, der zu bedeutenden Bestellungen geführt hat, die größtentheils noch im Laufe dieses Jahres vollendet werden sollen. Die englische Zeitschrift „Engineering“ giebt über diese Bestellungen eine interessante Zusammenfassung nach einer japanischen Quelle, aus welcher die Verteilung der Bestellungen auf die einzelnen Länder ersichtlich ist. Den Löwenantheil hat England erhalten. Dortselbst wurden gebaut drei Panzerschiffe erster Klasse von je 15 000 Tonnen Displacement und 18 Knoten Höchstgeschwindigkeit — dieselben sind dem englischen Panzerschiff Majestic nachgebildet —; weiter drei geschützte Kreuzer erster Klasse von 8800 bis 9900 Tonnen und etwa 21½ Knoten — als Vorbild hat diesen der englische Kreuzer Royal Arthur gedient —; endlich noch acht Torpedobootsjäger mit je 81 Knoten und 316 Tonnen. In Frankreich sind bestellt ein geschützter Kreuzer erster Klasse von 9450 Tonnen und 20 Knoten, sowie ein ungehüteter Kreuzer von 4200 Tonnen und 22½ Knoten. Deutschland baut einen geschützten Kreuzer erster Klasse von 6900 Tonnen und 20 Knoten, und zwar wird derselbe gebaut vom Vulkan. Amerika endlich hat zwei geschützte Kreuzer zweiter Klasse von 4850 und 4990 Tonnen von je 22½ Knoten in Auftrag erhalten. Der späteste Liefertermin bei diesen Schiffbauten ist der Juni 1906. Hand in Hand mit der Vergrößerung der Kriegsmarine ist auch ein Aufschwung in der Handelsmarine zu verzeichnen, an welchem besonders die beiden Dampfschiffahrts-Linien, die Nippon Yusen Kaisha und die Oriental Steamship Company, mit großen Bestellungen theilhaftig sind, und dieselben nach Fertigstellung derselben den europäischen Gesellschaften starke Konkurrenz machen. Die Nippon Yusen Kaisha hat neun Schiffe mit zusammen 24 300 Tonnen Displacement — eines von 5800 Tonnen, drei von 3500, zwei von 2500 (Transportschiffe) und drei von 1000 Tonnen — und die Oriental Steamship Company drei Schiffe von je 6000 Tonnen Displacement bestellt. Alle diese Handelschiffe sind auf englischen Werften in Bestellung gegeben und sollen noch in diesem Jahre fertig gestellt werden. Die genannten Baukosten dieser neuen Handelschiffe betragen 3 190 000 Yen oder 14 Millionen Mark. Diese großen Bestellungen haben nicht wenig zu der Blüthe des englischen Schiffbaues in den letzten Jahren beigetragen. —

## Wahlversammlungen.

In Briss fand am Montag eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt, die sich den Reichstagswahlen beschäftigte. Der Abgeordnete des Zeltower Kreises, Genosse Zubeil beleuchtete in zweieinhalbstündiger, mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Rede die Thätigkeit des Reichstages, er kennzeichnete das volkseindliche Treiben der reaktionären Parteien, insbesondere deren Verhalten gegenüber der jetzigen Korntheuerung, und wies auf die Gefahr hin, die den spärlichen Volksrechten droht, wenn eine reaktionäre Mehrheit in den neuen Reichstag kommt. Die Versammlung sprach durch Annahme einer Resolution ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Redners aus, protestirte gegen die ablehnende Haltung der Regierung und der Majoritätsparteien bei Besprechung unserer Kornpolitik-Interpellation und verpflichtete sich, für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten zu wirken. Ferner wurde ein aus 7 Personen bestehendes Wahlkomitee eingesetzt.

In dem Weberschächten Nowawes fand Montag Abend eine Wahlerversammlung statt. Trotz strömenden Regens war die Versammlung überaus stark besucht. Genosse Singer legte in einem einständigen Vortrage unter lebhaftem Beifall dar, was für das Volk bei den bevorstehenden Wahlen auf dem Spiele steht und besprach im besonderen die Forderungen der Sozialdemokratie im Vergleich zu den Bestrebungen der bürgerlichen Parteien. Die Ausführungen des Referenten fanden in der Versammlung begeisterte Zustimmung. Nach wiederholter Aufforderung an die Wähler, ihre Ansichten zum Besten zu geben, nahm endlich ein freistimmiger das Wort, um in lauten und nichtisagenden Redenarten den Liberalismus zu vertheidigen und die wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Nach einer Widerlegung des Redners durch Genossen Singer, der unter langanhaltendem stürmischen Beifall die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Freistimm zum Gegenstand der Erörterung machte, und die Genossen zu reger unabhängiger Agitation für die Parteipresse aufforderte, schloß der Vortrager die von etwa 1200 Personen besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Partei und den Kandidaten des Kreises, Genossen Jubel.

## Der Krieg

und die innere Situation Spaniens.

Die große Seeschlacht im atlantischen Ozean, von der gestern geräuschlos berichtet wurde, scheint erst bevorzustehen. Einen kleinen Erfolg haben die Spanier in den kubanischen Gewässern aufzuweisen. Zwei amerikanische Kriegsschiffe, die bei Verfolgung eines spanischen Handelsdampfers zu nahe den Batterien von Havana gekommen waren, mußten sich mit schweren Havarien in langsamer Fahrt nach Key West zurückziehen.

Zwei andere amerikanische Schiffe versuchten nach einer Meldung aus Havana den Kanal von Cardenas (einer kubanischen Hafenstadt östlich von Havana) zu forciren, mußten sich aber vor drei spanischen Kanonenbooten zurückziehen. Dagegen meldet das New-Yorker Blatt „World“ aus Key West: Das amerikanische Torpedoboot „Winslow“ geriet am Sonntag bei Cardenas mit drei spanischen Kanonenbooten ins Geleite und machte eines derselben kampfunfähig. Das Torpedoboot selbst wurde nicht beschädigt.

Die kubanische Kammer hat dem Kolonialminister eine Adresse gefandt, in welcher sie gegen den Angriff seitens der Vereinigten Staaten Widerspruch erhebt und den Entschluß mittheilt, die Souveränität des Mutterlandes nachdrücklich zu vertheidigen.

Die Regierung von Portorico meldet, daß ein spanischer Dampfer von einem transatlantischen amerikanischen Boot verfolgt worden sei, daß der spanische Dampfer aber glücklich in Portorico eingelaufen sei. Die Blockade von Portorico soll von den Amerikanern in Angriff genommen sein.

Nach einem Telegramm des Londoner „Standard“ aus Washington hat General Miles gemeldet, daß 66 000 Mann nach Kuba geschickt werden, einschließlich 10 000 Freiwilligen. Die erste Division wurde nächsten Sonntag abfahren und die ganze Truppenbewegung in zehn Tagen beendet sein.

Der von der Regierung gecharterte Dampfer „Guffe“ sollte heute Vormittag nach Kuba mit Waffen, Munition und Lebensmitteln für die Insurgenten in See gegangen sein. Etwa 100 Soldaten sind mit an Bord gegangen, um die Landung der Vorräthe zu sichern und eventuell soweit in das Innere Kubas vorzudringen, daß dieselben in die Hände der Insurgenten gelangen.

Die beiden britischen Kreuzer „Dido“ und „Jis“ wurden zur Verstärkung des in den nordamerikanischen und westindischen Gewässern kreuzenden Geschwaders in Dienst gestellt.

Portugiesischen Blättern zufolge passirte gestern Nachmittag eine aus neun Schiffen bestehende spanische Flotte in Sicht von Kap Espichel, südlich von Lissabon. Die Fahrt ging in südlicher Richtung.

Nach Hongkong gelangten Meldungen aus Manila zufolge hat Admiral Dewey die Ueberzeugung gewonnen, daß die Rebellen in Manila auch für ihn gefährlich werden und daß unter Umständen weder er noch die Spanier ihrer Herr bleiben könnten. Die Engländer in Manila haben dem Admiral Dewey in einer Denkschrift ihre kritische Lage dargelegt; die ganze Stadt leide Hunger. Die englischen Schiffe „Immortalist“ und „Annel“, der französische Kreuzer „Arzig“ sowie ein japanisches Kriegsschiff liegen vor Manila.

Infolge der Neutralitäts-Erklärung Chinas hat das Tsung-Li-Hamen die amerikanische Regierung aufgeweckt, das mit Lebensmitteln und Munition besetzte Schiff „Monocacy“ von Shanghai abzugeben.

Aus Spanien liegen folgende Meldungen vor: Die Minister-Konferenz dauert fort, eine Lösung derselben scheint erst in der nächsten Woche zu gewärtigen zu sein.

Die Deputirtenkammer nahm den Gesetzentwurf betreffend die Land- und Seestreitkräfte an.

Die Regierung giebt die Zahl der am Sonntag in Linares Getödteten, wo die Ruhe jetzt wiederhergestellt sei, auf drei an und verknüpft die Verhängung des Belagerungszustandes über diese Stadt. In Katalonien und in den Provinzen Burgos, Logrono, Navarra, Vizcaya, Alava und Guipuzcoa ist alles ruhig. Ueber Cordoba und Valladolid, die Landchaften Gibraltar und Andalusien ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Lebensmittellage verursacht in Madrid Besorgnisse. Der Getreidevorrath soll noch vor Ablauf eines Monats zu Ende gehen. Es sind Maßnahmen getroffen, um Getreide im Auslande anzukaufen.

Aus Kuba werden Ruhestörungen wegen der Lebensmittellfrage gemeldet, bei welchen einige Personen getödtet und einige verwundet wurden.

Gestern wurden in Alicante Landgebungen wegen der hohen Brotpreise veranlaßt. Die Aufseher stellten die Acker-Gebäude in Brand und plünderten die Getreidelager. Die Genarmee schritt mehrere Male mit der Waffe ein und trieb die Aufseher, welche sich immer wieder zusammenrotteten, wiederholt auseinander. —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Rom, 10. Mai.** (W. Z. V.) General Bava telegraphirte heute Nachmittag aus Mailand an die Regierung, daß Stadt und Vorstädte vollkommen ruhig sind und das alltägliche Leben seinen Fortgang nimmt. Heute seien auch die Straßenbahnlinien wieder in Ordnung gebracht worden, so daß morgen der Betrieb wieder beginne.

**Ugano, 10. Mai.** (W. Z. V.) Die Arbeiter der Fabrikfirma Ghessi in Creva bei Luino sind heute früh in den Ausstand getreten. Mehrere Tausende wollten nach Mailand, stießen aber in Luino auf Widerstand. Nachmittags kamen mehrere Wagen mit Fremden an. Auch der Herzog von Sachsen-Meiningen ist hier eingetroffen.



Partei-Nachrichten.

Nur Rehabilitation der Opfer des Essener Meineids-Prozesses, die von der öffentlichen Meinung längst ausgesprochen ist, aber von der Justiz noch verweigert wird, hat Bergmann Ludwig Schröder in Dortmund eine Broschüre drucken lassen. Sie für die Mitglieder des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, ferner für die maßgebenden Zeitungen und Zeitschriften sowie für die Leiter der deutschen Arbeiterbewegung bestimmt ist. Sie enthält das aus den Akten geschöpfte Material des Prozesses, wie es in den Beschlüssen des Reichstages, ferner für die maßgebenden Zeitungen und Zeitschriften sowie für die Leiter der deutschen Arbeiterbewegung bestimmt ist. Sie enthält das aus den Akten geschöpfte Material des Prozesses, wie es in den Beschlüssen des Reichstages, ferner für die maßgebenden Zeitungen und Zeitschriften sowie für die Leiter der deutschen Arbeiterbewegung bestimmt ist.

Im Wahlkreise Breslau-Angermünde im Regierungsbezirk Potsdam steht unserer Partei auch nicht ein einziger Lokal zur Verfügung. Die auf den 8. Mai einberufene Parteikonferenz mußte deshalb in der zum Kreise Ober-Barnim gehörigen Stadt Freienwalde a. O. abgehalten werden. Die Ursache des Lokalmangels ist der große Druck, der von gegnerischer Seite auf die Wirtse ausgeübt wird und der nur durch festen Zusammenschluß der Arbeiter wett gemacht werden kann. Wegen des Lokalmangels muß die Agitation um so intensiver durch Verbreitung von Schriften betrieben werden. Die Parteigenossen haben es hierin an Fleiß nicht fehlen lassen. Es sind im neuen Geschäftsjahre des Kreis-Vertrauensmannes bis jetzt verbreitet worden: 15 000 Exemplare der Broschüre „Wen wähle ich?“, 18 000 Exemplare des Kalenders „Märkischer Landbote“ und je 7000 Exemplare der Broschüren „Die Koalitionsfreiheit vor dem deutschen Reichstage“ und „Massenpolitik und Sozialreform.“

Nachträgliches zur Waisfeier. In Karlsruhe ist am 1. Mai die sonst übliche Parade des Militärs ausgefallen. Als Ursache wird jetzt von den bürgerlichen Vätern angegeben, daß die Kommandantur deshalb keine Parade ausführen habe, weil eine solche Parade auf dem Schloßplatz als eine Verherrlichung des Weltkriegstages betrachtet werden könnte.

In London ist, wie wir schon mittheilten, die Waisfeier zwar verregnet, das ändert aber nichts an der Thatsache, daß die Sympathie für die internationalen Demonstrationen des Proletariats sich in einer großartigen Kundgebung geäußert haben. Der Festzug zählte, als er sich nach dem Hyde Park in Bewegung setzte, nicht weniger als 85 Musikkorps, 53 Festwagen, 186 Fahnen und circa 20 000 Theilnehmer. Im Hyde Park selbst hielten trotz des heftigen Regens viele Tausende vor den Tribünen aus und lauschten den Ansprachen der Festredner. Großen Erfolg hatte das von den sozialistischen Vereinen und Arbeitervereinigungen veranstaltete Manchester-Meeting. Von fünf Tribünen herab sprachen einige vierzig Redner zur Menge. Aus Edinburgh, Glasgow, Halifax, Leeds, Keith und Wolverhampton liegen gleichfalls Berichte über die erfolgreiche Feste des Arbeiterfesttages vor. Die Resolutionen trugen überall einen durchaus sozialistischen Charakter.

Ueber die Waisfeier in Rußland-Polen erhalten wir noch immer Berichte. Daß die Nachrichten so zerstückelt und zum Theil so verächtlich einlaufen, hat seinen Grund darin, daß die russische Polizei seit drei Wochen ein wahres Schredensregiment führt. Massenverhaftungen vornimmt, und mit allen möglichen Mitteln den Verkehr der sozialistischen Arbeiter mit einander und mit der Außenwelt abzuschneiden sucht. Freilich erfolglos; jedoch Verkehrsstörungen giebt's doch. Nachstehend bringen wir einen Bericht aus Warschau:

Seit dem 25. April dauern bei uns im ganzen Lande Verhaftungen und Hausdurchsuchungen fort. Hier in Warschau waren die Verhaftungen in der Nacht vom 29. auf den 30. April am zahlreichsten, d. h. nach Verbreitung der „Waiszettel“, die den Arbeitern als Sammelpunkt für den 1. Mai die Promenade „Aleje Nijazdowski“ bestimmten.

Am 1. Mai waren von 7 Uhr morgens an in der „Aleje Nijazdowski“, rings um den Lazienki-Garten, in den benachbarten Straßen und in den vom Centrum der Stadt nach der Promenade führenden Straßen überall — längs der Trottoirs, in den Höfen, an den Straßenecken — Gendarmen, Kosaken, Schutzmänner und Spitzel aufgestellt. Ueberhaupt wurden alle Straßen der Gendarmen und der Polizei aufgegeben. Als vor 4 Uhr (der in den Zetteln bestimmten Zeit) die Arbeiter der Promenade zuzuströmen begannen, fing es an, stark zu regnen, was Viele zur Rückkehr veranlaßte. Jedoch um 4 Uhr sammelten sich in der Promenade ungefähr 2000 Mann, ausschließlich Arbeiter, die trotz des Regens umherzogen oder auf den Bänken saßen. Außer den aufgestellten Truppen und der Polizei unter Kommando des Lieutenant erschienen jetzt und beobachteten uns auch die höheren Offiziere; zweimal ritt auch der General-Gouverneur, Fürst Jmerytynski, durch die Promenade.

Die Bedeutung des Besuchs der Promenade war klar genug. Das Publikum bestand ausschließlich aus Arbeitern, auffallend groß war die Anzahl der roten Schiffe. Hier und da schloß sich ein größerer Haufen zusammen, sofort setzte sich die Polizei und die Gendarmen in Bewegung, aber, was soll man mit den Leuten thun? — befragte sich ein Polizeihauptmann. Was konnte man den unter dem Regen friedlich spazierenden Arbeitern anhaben?

Später, als der Regen theilweise aufhörte, schwoh die Zahl der Demonstrierenden an. Gegen 7 Uhr abends bedeckte den Alexanderplatz (am Eingang zur Promenade) eine dichte Volksmenge. Man versuchte, sich in Reihen aufzustellen und nach der Promenade zu marschieren. Jetzt aber ritten zwei Abtheilungen der Gendarmen heran und zerstreuten die Menge. Bei dieser Gelegenheit drängte man etwa 200 Personen zur Seite ab, trieb sie in den Hof eines benachbarten Gymnasiums, führte die Leute von da zum politischen Verhör, ließ sie dann aber frei. Zu derselben Zeit fing ein Haufen im Lazienki-Garten an, „Die Rote Fahne“ zu singen, und wurde nach dem Polizei-Arrest abgeführt, in der Nacht aber auch freigelassen. Außerdem verhaftete man noch 80 Personen in der Promenade, die heute auch schon frei sind.

Wir sind in Warschau mit dem ersten Versuch einer Straßendemonstration am 1. Mai vollständig zufrieden, obgleich das schlechte Wetter viel verdoeben hat.

Kommunales.

In der am Montag stattgehabten Sitzung der Deputation der städtischen Kanalisationswerke und Rieselfelder wurde beschlossen, die Gemeinde Stralau an die städtische Kanalisation unter besonders festzusetzenden Bedingungen anzuschließen. — Ferner erklärte sich das Kollegium im Prinzip mit der Aufhebung des mit der Gesellschaft „Fischzucht“ abgeschlossenen Nachtvertrages über eine größere Wiesenfläche in Großbeeren einverstanden und die Wiese in eigene Bewirtschaftung zu nehmen. — Dem Antrage des Direktors des kaiserlichen Gesundheitsamtes um Ueberlassung eines Viehstalles auf den Rieselfeldern bis zum Ende des Jahres 1898 zur Anstellung von Versuchen zur Immunisirung von Vieh gegen Maul- und Klauenseuche wurde genehmigt.

Lokales.

Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß Urania-Billets für den 15. Mai bei R. Augustin, Kastanien-Allee 11, für den 22. Mai bei Franz Kleinert, Müllerstr. 7a, zu haben sind. — Alle Anfragen, den Wahlverein betreffend, sind an den Vorsitzenden Mag. Kiesel, Kolbergerstr. 2, zu richten. Der Vorstand.

Wir machen die Parteigenossen ganz besonders auf die heute in der Brauerei „Friedrichshain“ stattfindende Versammlung aufmerksam. Referent: Paul Singer.

Das Wahlkomitee für den fünften Kreis.

Achtung! Heute Abend 9 Uhr findet in den Arminialken, Kommandantenstraße 20, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Reichstags-Kandidat Genosse Bösch referiren wird, über „Die Handlungsgesellen und der neue Reichstag“. Die Genossen und Genossinnen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises werden hierauf besonders aufmerksam gemacht. Der Vertrauensmann der Berliner Handlungsgesellen und -Gesellsinnen.

Ueber die wahren Zustände im Kronthye-Goldland mehr Aufklärung zu schaffen, hatten wir neulich die deutschen Behörden angefordert. Es ist nichts dergleichen geschehen; die wüste Klame der interessirten Transport- und Ausfuhrungs-Gesellschaften zieht weiter die gutgläubigen Sempel in ihre Reg und die Regierungen schweigen, obwohl sie, besonders nach unserem neuen Auswanderungsgesetz, das Recht und die Pflicht hätten, zu reden. In anderen Staaten hat man längst anders gehandelt und soeben erklärt auch, unter dem 5. Mai, der französische Minister des Innern an alle Präfecturen ein längeres Rundschreiben. Wir heben daraus die bezeichnendsten Stellen hervor. Im Beginn wird auf die Ueberreibungen durch „gefährliche Klamen“ hingewiesen; „es gilt, die Auswanderer gegen Enttäuschungen und Gefahren zu schützen“. Sieben Monate im Jahr sei das Goldgraben wegen des hartgefrorenen Bodens fast unmöglich, alle werthvollen claims seien in seinen Händen. Die Reise sei „eine furchtbare Bedrohung von Leben und Gesundheit“, ebenso ließen die Sicherheitszustände fast alles zu wünschen übrig. Zur Reise selber seien mindestens 5000 Francs (4000 Mark) erforderlich, dazu bedürfe man eines Reservefonds, falls nicht alles nach Wunsch geht. „Unter diesen Umständen — schließt das Rundschreiben des Herrn Louis Barthou — habe ich es für nothwendig erachtet, die Auswanderer vor den Klamen zu warnen, mit denen sie nach Kronthye gelockt werden sollen. Die Bevölkerung in Frankreich soll wissen, daß der mögliche Mißverhältnis zu dem ungeheuren Risiko steht. Wollen Sie diesen Ausflüchten die größte Verbreitung geben, besonders, indem Sie dieses Rundschreiben unter die öffentlichen Bekanntmachungen Ihres Departements aufnehmen.“ — Da die deutsche Reichsregierung zu solchen sehr berechtigten Warnungen keine Zeit zu finden scheint, so wollen wir wenigstens die französische Kundgebung zur Kenntniß unserer Leser bringen.

Steuerveranlagung. Diejenigen Berliner Bürger, welche unter 900 M. zu versteuern haben, erhielten trotz der wiederholten energischen Bemühungen der sozialdemokratischen Stadtverordneten keine besondere Veranlagung zur Steuer, vielmehr liegt, wie die Steuerdeputation jetzt bekannt macht, die Liste derjenigen, die zu einem Einkommen von mehr als 600 bis einschließl. 900 M. mit Steuer veranlagt sind, vom 10. Mai bis einschließl. den 23. Mai von 11 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachmittags öffentlich für diejenigen Steuerpflichtigen, deren Einkommen 900 M. nicht übersteigt, in den Büroräumen der Steuerdeputation Spandauerstr. 10/17 I und III Treppen aus. Eine besondere Mittheilung über die Veranlagung zu einem Einkommen unter 900 M. erhalten die Steuerpflichtigen nicht. Wer befristet, daß er, wievohl er nicht 600 M. Einkommen hat, in die Steuerlisten aufgenommen ist — und das kann leicht vorkommen — muß daher sich überzeugen, ob er etwa dennoch in die Steuerliste aufgenommen ist, und auch dann bis spätestens am 20. Juni gegen die Veranlagung reklamiren. Ist bis dahin nicht reklamirt, so wird die Steuer ohne weiteres abgeholt; spätere Reklamationen helfen nichts. Man sieht auch aus der Ablehnung einer besonderen Veranlagung über die Veranlagung der Vermögenden, wie sehr die freisinnige Kommunalverwaltung den Grundsat gleiches Recht für alle da vernichtet, wo es sich um die Vermögenden handelt. Nur wer über 900 Mark Einkommen hat, erhält eine besondere Veranlagung ins Haus gesendet. Der Reimere muß sich im „freisinnigen“ Berlin einen Arbeitstag entgegen lassen, um zu ersehen, ob auch der Wagen des direkten Steuerfiskus von ihm gespeist werden muß. Retter Freisinn!

Der Verein preussischer Volksschul-Lehrerinnen hat dem Justizminister eine von einer Denkschrift begleitete Petition überreicht, die unter Hinweis auf die Gefahren der jetzt bestehenden Verhältnisse folgende Wünsche aufzählt: 1. Die städtisch gefährdeten und verbrecherischen Kinder sind aus der Volksschule zu entfernen. In diesem Zwecke wird erbeten: 1. Staatliches Eingreifen in die Erziehung eines Kindes sei unter Einschränkung der Elternrechte lediglich abhängig: a) von dem Nachweis städtischer Gefährdung, welche vorliegt, wenn das Kind in verbrecherischen und lasterhaften Elternhaufe lebt, wenn es zu verbrecherischen Zwecken verwendet wird, wenn ihm Betteln, Hausiren, Landstreichen, nächtliches Umherstreifen nachgewiesen wird, und wenn die elterliche Justiz fehlt, resp. nicht ausreicht, die Verwahrlosung des Kindes zu verhüten; b) von der Begehung einer strafbaren Handlung, sofern dieselbe städtische Gefährdung erkennen läßt. 2. Schulleiter, Volks-Hilfslehrer und Volksschullehrerinnen seien gesetzlich verpflichtet, die städtische Gefährdung eines Schullindes, sofern sie den Nachweis davon zu fähren vermögen, zu gerichtlicher Anzeige zu bringen. 3. Bei Anordnung staatlich überwachter Erziehung sei die Vollziehungsbehörde verpflichtet, das Urtheil der Schule über das zu überwachende Kind einzuholen. 4. Die Grenze der Strafmündigkeit werde vom 12. auf das 14. Lebensjahr hinaufgerückt. — Die Verhütung der verbrecherischen und städtisch gefährdeten Kinder von der Volksschule bedingt aber auch eine Reform des Zwangs-Erziehungswesens; deshalb wird erbeten: II. Im Erweiterung und Umgestaltung der staatlich überwachten Erziehung städtisch gefährdeter und verbrecherischer Kinder. Unter Hinweis auf den von einer Kommission der internationalen kriminalistischen Vereinigung (Gruppe Deutsches Reich) ausgearbeiteten Entwurf eines

Reichsgesetzes für die Behandlung und Bestrafung jugendlicher Verbrecher und verwahrloster jugendlicher Personen (Berlin 1892, Untertag) wird hierzu erbeten: 1. Die Vernehmung der staatlichen Zwangserziehungs-Anstalten für verbrecherische Kinder. 2. Die Einsetzung von Erziehungsämtern, zu denen auch Mitglieder des Lehrstandes der Volksschule gehören und denen die Anordnung überwachter Erziehung obliegt, und zwar: a) in staatlichen Zwangserziehungs-Anstalten, b) in Privat-Anstalten mit staatlicher Ueberwachung, c) in der eigenen, d) in fremder Familie. 3. Die Anstellung von Vertrauenspersonen zur Ueberwachung der Familien-Erziehung. III. Verwendung von im Amt gereiften Volksschullehrerinnen bei Erziehung resp. Ueberwachung weiblicher Zwangszuglinge und jugendlicher weiblicher Gefangenen: a) durch Berufung in die Erziehungsämter, b) durch Ernennung zu Vertrauenspersonen für die Ueberwachung der Familien-Erziehung verwahrloster Kinder, c) durch Anstellung als Lehrerinnen und Leiterinnen an Zwangserziehungs-Anstalten für Mädchen, d) beim Unterricht der weiblichen jugendlichen Gefangenen.

Die Vorschläge sind gut gemeint, am Wesen des Uebels dürfte ihre Durchführung aber kaum viel ändern.

Der Leichen-Verbrennungsofen in der Diefelmeyerstraße wurde dieser Tage von den Mitgliedern des Reichs-Gesundheitsamtes eingehend besichtigt. Es waren fünfzehn Herren unter Führung des Geh. Regierungsraths Dr. Ohlmüller erschienen. Die erforderlichen Erläuterungen gaben die Herren Geh. Regierungsrath Friedel und Stadtverordneter Materno. Auch der Erbauer des Ofens, Ingenieur Richard Schneider-Dresden war zugegen. Inspektor Lande ließ eine zwei Zentner schwere Kiste mit Leichentheilen vorbeieren. Die Besucher gaben dem Wünsche Ausdruck, daß man im sanitären Interesse auf der beschriebenen Bahn fortschreiten möge. Heute gedenken die Mitglieder der städtischen Behörden den Verbrennungsofen zu besichtigen. Am nächsten Montag wird Polizeipräsident v. Windheim mit den Oberbeamten der Sanitäts- und Medizinalabtheilung das neue Institut in Augenschein nehmen.

Eine gefährliche Arbeit verrichteten gestern eine Anzahl Zimmerleute an dem Unglückschaufe Jagowstr. 31. Der Sturm, der den ganzen Tag über raste, ließ ein Arbeiten an Hochbauten unter normalen Umständen fast unmöglich erscheinen; um so gefährlicher war die That, welche die kühnen Arbeiter an dem durch die Explosion zerstörten Hause auszuführen hatten. Es galt, dem Dache die Stöße zu nehmen, die es bisher noch an dem Schornstein und an der Balkenlage fand, und so einen beträchtlichen Theil des Bauwerks zum völligen Einsturz zu bringen. Gegen fünf Uhr nachmittags war das gefährliche Werk des Durchgängens der Balken verrichtet und nun laut das Dach unter gewaltigem Krachen in sich zusammen. Als die Staubwolke verschwunden war, fragten die Zuschauer bang nach dem Schicksal der Zimmerer. Bald kamen die Draden jedoch auf den übriggebliebenen Theile des Daches zum Vorschein und kündeten an, daß die Arbeit trotz der widrigen Umstände völlig gelungen sei.

Unter dem Verdachte des Kindesmordes ist die 21 Jahre alte Dienstmagd Louise B., die bei dem Handelsmann L. in der Dunderstraße 88 in Stellung war, verhaftet worden. Die B. hatte vorgestern Abend an einem entlegenen Ort in der Wohnung einem Kinde das Leben geschenkt und sich dann mit dem Kinde ins Bett gelegt. Frau L. merkte an anderen Morgen, daß etwas dorgeworren sein mußte, und fand das Mädchen schlafend im Bette liegen, das Kind todt neben ihm. Eine Bedamme, die sie holte, machte Anzeige. Die Leiche des Kindes wurde darauf beschlagnahmt und die Mutter als Polizeigefangene ins Krankenhaus gebracht.

Die polizeiliche Abnahme der für die Strecke Kreuzberg-Damm in der Straße bestimmten elektrischen Wagen wird am Mittwoch stattfinden.

Arbeiterrisiko. Montag abends stürzte der anfangs der zwanziger Jahre stehende Maler Kestner von dem Neubau Sälsterstraße 16 (Charlottenburg) von einem drei Meter hohen Gerüst herunter und zog sich einen Unterschenkelbruch und schwere innere Verletzungen zu. Er wurde mittels stuppigen Krankenwagens nach dem Irban geschafft, wo er in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Die abgebrannte Vorkühnle wird jetzt niedrigeren. Ob die Kühle wieder aufgebaut werden wird, ist noch nicht entschieden.

Verwundet wurde gestern früh von einem Schuttmann vor dem Hause Auerstraße 38 auf dem Bürgersteig ein Mann aufgefunden, der aus Nase und Ohren blutete. Im Krankenhaus, wohin der Besamete ihn brachte, stellte man einen Schädelbruch fest; bald nach seiner Entlieferung starb der Mann. Er hat das Verwundete nicht wiedererlangt und daher auch keine Aufklärung darüber geben können, wie er zu der tödtlichen Verletzung, ob durch einen Unfall oder ein Verbrechen, gekommen ist. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche beschlagnahmt. Zur Feststellung der Verhältnissleheit fehlt es noch an jedem Anhalt; der Mann war etwa 40 bis 45 Jahre alt und mittelgroß, hatte dunkelblondes Haar, blonden Schnurbart und unvollständige Zähne.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche der 52 Jahre alten Frau Marie des Militärsoldaten Ohst aus der Landsberger Allee 43. Die dem Trankie ergebene Frau war am Freitag Abend um 9 Uhr von Hause weggegangen, angeblich um ihren Mann zu suchen. Um 1 1/2 Uhr fand ein Bauwächter sie in der Rüstlerstraße bewußlos auf einem Neubau liegen. Der Wächter benachrichtigte die Polizei und diese ließ die Frau mit einem Hauswagen nach Hause bringen. Am Sonnabend sah die Frau sich krank. Am Sonntag Abend wurde ihr Zustand so schlimm, daß ihr Mann zum Apotheker ging und eine Nachbarin, Frau Schumann, zum Arzte schickte. Als dieser um 7 Uhr kam, war die Frau schon tod; die Todesursache konnte er nicht feststellen.

Straßenverengung. Die Steinmeyerstraße von der Göden- bis zur Großgörschenstraße wird beidseitig Asphaltirung vom 12. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. Ebenfalls wird der nördliche Damm der Wollowstraße von der Potsdamer- bis zur Dammhalsstraße beidseitig Asphaltirung vom 12. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Stadtsstatistik. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. April er. 34 Familien mit 94 Personen, darunter 20 Säuglinge und 60 Einzelpersonen. Am 1. Mai war der Bestand 21 Familien mit 58 Personen, darunter 7 Säuglinge und 55 Einzelpersonen. Das Amt für nächtliche Obdachlose daselbst bezog im Laufe des Monats April 29 511 Personen, und zwar 28 807 Männer, 704 Frauen. Von diesen Personen wurden 11 dem Krankenhaus am Friedrichshain, 33 dem Krankenhaus Moabit, 18 der Charite, 33 der Krankenstation des Obdachs, 1 der Anstalt Ruhlgarten, 1 der Anstalt Herzberge überweisen, 286 (278 Männer, 8 Frauen) der Polizei vorgeführt. Gebadet haben im Laufe des Monats April von diesen Personen 17 117.

Sammellisten für die Reichstagswahl, Nr. 7806—7810, mit Stempel des Vertrauensmannes des fünften Kreises, sind verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselben abzugeben bei R. Dujiger, Landwehrstraße 42, I.

Die Vertrauensleute.

Aus den Nachbarorten.

Nixdorf. Die Parteigenossinnen und Genossen werden auf das Stiftungsfest des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins aufmerksam gemacht, welches am 14. Mai stattfindet. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Adlershof. Im Lokale des Herrn Herrguth findet am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse



Vorward über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wird. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

**Heberaus traunige Schulzustände** herrschen in unserer Nachbarstadt Schöneberg, die ja schon durch die bekannten Fälle von Freigelpädagogik vor kurzem eine nicht sehr beneidenswerthe Bekanntheit erlangt hat. Wie in der letzten Sitzung der Stadtverordneten gelegentlich eines Antrages auf Nachbeurteilung von 900 M. vom Berichterstatter F. Nothe zur Sprache gebracht wurde, sehen in der Volksschule des Friedentauer Stadttheils die Bänke aus, als ob sie aus der Pumpschleimherberge geholt wären; vier bis fünf Kinder müssen sich mit einem nicht einmal genügend befestigten Tintenfah begnügen. Ferner fand der Berichterstatter einen Glöbels so voller Schmutz, als ob er aus dem Müllkasten stammte. Auch die Unterrichtszeit ist in dieser Schule nach wunderlichen Prinzipien festgelegt. Siebenjährige Kinder haben an einem Tage sechs, an anderen Tagen hingegen nur zwei Schulstunden. Nach Beendigung der geforderten Summe wurde ein Antrag auf Beschaffung eines freien Plazes für die Turn- und Jugendspiele der Schulen und Turnvereine einer Kommission, der auch Genosse Obst angehört, überwiesen. Stadtv. Prof. Dr. Nothe regte an, zu versuchen, ob nicht einer der ohne ihre Schuld zu Millionen gewordenen früheren Landwirthe Schönebergs einen derartigen Komplex der Stadt zur Verfügung stellen würde. Der Stadtverordneter dürfte den Gemeininn der Schöneberger Parvenüs wohl zu hoch eingeschätzt haben.

**In der Angelegenheit der Verlegung der königlichen Regierung von Potsdam nach Charlottenburg** oder Berlin, gab in Verantwortung einer diesbezüglichen Interpellation Oberbürgermeister Jähne in der jüngsten Sitzung des Potsdamer Stadtverordneten-Kollegiums folgende Erklärung ab: Derartige Gerüchte seien ihm schon seit langer Zeit zu Ohren gekommen; bestimmte Form hätten dieselben aber erst in allerletzter Zeit angenommen. Er habe daraufhin sofort eine Audienz beim Dezerementen im Ministerium des Innern nachgesucht und dort erfahren, daß zunächst die Frage eines Regierungs-Neubaus ventilirt werde und die Verlegung der Regierung nach Charlottenburg oder Berlin nur eventuell ins Auge gefaßt sei. Der ihm ertheilte Rath, schriftlich vorstellig zu werden und geeignete Pläne einzurichten, sei von ihm befolgt worden.

**Nach einem schweren Gewitter**, das in voriger Woche Spandau heimgelacht hat, verbreitete sich das Gerücht, daß der Blitz in den Juliussturm eingeschlagen habe. Daraufhin kam am Sonnabend vor mit Ueberwachung des Reichstagsgebäudes beauftragte Ausschuh der Reichsschuldenkommission nach Spandau und nahm mit einem Garnisonbataillon der Juliussturm in Augenschein. Von den Wirkungen eines Blitzstahls hat man aber nichts wahrgenommen, das Gerücht war also falsch. Auch sonst wurde alles in bester Ordnung vorgefunden.

**Ungeheures Unglück in Stadtbahn-Verkehr.** Aus Charlottenburg wird nach auswärts gemeldet, daß auf dem dortigen Stadtbahnhof durch einen Fall der Direktor der Rheinischen Metallwaaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf, Oberstleutnant a. D. Bendel, verunglückt ist. Schwerkrank darnieder liegend, hat er bisher das Bewußtsein immer nur auf wenige Minuten wieder erlangt.

**Wegen der Grenzregulierung von Charlottenburg und Deutsch-Wilmersdorf** herrschen zwischen den beiden Nachbargemeinden Streitigkeiten, die bis ins Jahr 1889 zurückreichen und die darin ihre Ursache hatten, daß die Gemeindevertretung von Wilmersdorf eine baare Entschädigung von Charlottenburg verlangte, die ihr nicht bewilligt wurde. Jetzt endlich ist, wie wir in der „Neuen Zeit“ lesen, eine Einigung zu Stande gekommen. Die Stadt Charlottenburg übernimmt eine Anzahl theils unbedauter, theils bebauter Grundstücke, die bisher theilweise zu Wilmersdorf gehörten, darunter neun bebauter Grundstücke am Kurfürstendamm, die einen Steuerertrag von etwa 9000 M. bringen, zahlt dafür eine Entschädigungssumme von 30 000 M., und tritt außerdem an Wilmersdorf das Gelände ab, auf dem sich zur Zeit die Radrennbahn Halensee befindet.

**Für Steglitz** hat die dortige Gemeindevertretung auf Antrag der Schulkommission die Einrichtung einer Klasse für schwach begabte Kinder beschlossen und zunächst für ein halbes Jahr, der „N. Z.“ zufolge, die nöthigen Kosten bewilligt.

**In Halensee** und zwar östlich der Ringbahn am Henriettenplatz, in der Nähe des Kurfürstendamms ist die Errichtung einer Apotheke beabsichtigt. Der Regierungspräsident in Potsdam fordert zu Bewerbungen auf.

## Gerichts-Beitrag.

**Von der Entscheidung der Frage, ob die Assistenten an den Instituten der Universitäten** und technischen Hochschulen Staatsbeamte seien, war der Ausgang eines Rechtsstreites abhängig, den der Privatdozent und Assistent Dr. Stolley gegen den Magistrat der Stadt Kiel führte. Der Kläger, der Assistent am mineralogischen Institut in Kiel ist, wollte als Beamter nur mit der Hälfte seines Dienstverdienstes zwischen 1850 und 1500 M. zur Kommunalsteuer herangezogen werden, während die Stadt bei der Veranlagung das ganze Einkommen von 1408 M. berücksichtigte hatte. Der Bezirksauschuh erkannte auch nach seinem Antrage. Er führte aus, es könne nicht angenommen werden, daß St. nur vorübergehend in staatlichen Diensten stehe. Es genüge für dieselbe Annahme seiner Beamtenstellung, daß er schon seit 1892 in seiner Stellung sei und unmittelbar dem Staate diene, sowie daß er sich auf Handschlag verpflichtet habe, seine Arbeit gewissenhaft zu erledigen. Daß er keine Pensionsberechtigung besitze und auf Kündigung angefaßt sei, wäre gleichgültig. Der Magistrat legte Revision ein und machte geltend, dem Kläger sei kein Staatsamt übertragen worden. Das Ober-Verwaltungsgericht erhielt auf eine Anfrage vom Kultusminister den Bescheid, daß die Assistenten an den Instituten der Universitäten und technischen Hochschulen als Staatsbeamte betrachtet würden. Darauf wies das Gericht die Revision des Kieler Magistrats zurück, bestätigte die Vorentscheidung und führte aus, dem Kläger und seinen Kollegen in gleichen Stellungen komme als Beamten das von St. beanspruchte Steuer-Privilegium zu.

**Verleumdung eines jungen Mädchens** auf offener Straße wurde dem Kaufmann Paul Reym vorgeworfen, der gestern als Angeklagter vor der 9. Strafkammer hiesigen Landgerichts I erschien. Der Angeklagte begegnete wiederholt einem jungen Mädchen in der Gegend der Rosenhalerstraße und folgte mehrfach ihren Spuren, wobei er in recht aufdringlicher Weise mit ihr anzubandeln versuchte. Das Mädchen wies den unbehaglichen Menschen mehrmals nachdrücklich von sich, sie hatte aber vor ihm keine Ruhe, er schien ihr vielmehr geradezu aufzulauern und so war er eines Tages wieder hinter ihr her, als sie sich nach dem Schingerischen Lokal am Kölnischen Fischmarkt begab, wo zwei ihr bekannte junge Männer auf sie warteten. Nach einiger Zeit verließ sie mit ihren Begleitern das Lokal, merkte aber sehr bald, daß der Angeklagte, der inzwischen vor dem Lokale gewartet hatte, ihr wiederum folgte. Auf ihre Bitte bestiegen ihre Begleiter mit ihr eine Droschke; kaum aber waren sie eingestiegen, da stand auch schon der Angeklagte daneben und schleuderte dem Mädchen eine Reihe recht lässlicher Schimpfworte und Verleumdungen ins Gesicht. Das Schöffengericht hatte seinerzeit den Angeklagten wegen seines mehr als sonderbaren Benehmens zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt, der Staatsanwalt aber hiergegen Berufung eingelegt. Mit dem letzteren war die Strafkammer der Ansicht, daß dem überhand nehmenden Unfug der Verleumdung von Frauen und Mädchen auf offener Straße in jedem Falle nachdrücklich gesteuert werden müsse. Das erste Urtheil wurde daher aufgehoben und der Angeklagte zu vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt.

**„Probeweise angestellte Beamte“ und Steuerprivilegium.** Seit dem Jahre 1892 wird im Bureau des Berliner Magistrats der ehemalige Gerichtsdirektor Ehlerz gegen 100 M. monatliche Diäten beschäftigt. Wenn Engagement war eine vierwöchentliche Kündigungsfrist vereinbart worden. Außerdem hatte der Magistrat

Ehlerz in Aussicht gestellt, daß er ihn eventuell anstellen werde, wenn er mit den einschlägigen Geschäften genügend vertraut sei. Ob dies einst der Fall sei, sollte durch eine Prüfung festgestellt werden. Bis jetzt ist die Anstellung noch nicht erfolgt. Herr Ehlerz hat nun dagegen Einspruch erhoben, daß er für das Steuerjahr 1896/97 mit seinem ganzen Dienstverdienst zur Gemeindesteuer herangezogen wurde. Er machte Anspruch auf das Beamtenprivilegium und verlangte, der Magistrat solle nur die Hälfte des Dienstverdienstes besteuern. (Verordnung vom 23. September 1897.) Besonders berief sich E. darauf, daß er ein festes monatliches Gehalt beziehe und schon mehrere Jahre für den Magistrat arbeite. Sein Einspruch wurde jedoch zurückgewiesen, weil er kein Beamter sei. Der Bezirksauschuh erkannte ebenfalls zu seinem Ungunsten. Er leiste zur Zeit nur eine Art Vorbereitungsdiens. Ehlerz legte dann beim Ober-Verwaltungsgericht Berufung ein. Magistratsassessor Dr. Kremst legte in der mündlichen Verhandlung den Standpunkt des Magistrats dar und betonte die Wichtigkeit des Streitfalles. Der Magistrat befürchtete nämlich, die Zuerkennung des Steuerprivilegiums an E. könnte die Wirkung haben, daß Ehlerz und ähnliche Diätäre als angestellte Beamte behandelt werden müßten. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte indessen diese Furcht für grundlos und billigte Herrn E. das Steuerprivilegium der Beamten im Sinne der erwähnten königlichen Verordnung zu. Der Vorstehende Lokhaus führte aus, Kläger sei als „probeweise angestellter Beamter“ anzusehen, da er nicht zur Erledigung vorübergehender, sondern zur Erledigung laufender Geschäfte gegen Monatsgehalt verwendet worden sei. Ein Beamter brauche ja nicht immer auf Lebenszeit angestellt sein, und auch den „auf Probe angestellten Kommunalbeamten“ komme das Steuerprivilegium zu. Auch andere derartige Beamte im öffentlichen Dienste hätten darauf Anspruch. — Eigenthümlich fand es Herr Lokhaus, daß der Magistrat einerseits den Bureaudiatären jede Beamtenqualität abspreche, und in den Bestimmungen, seine Beamten, Anwärter zc. betreffend, ihnen Beamteneigenschaft im Sinne des § 359 des Strafgesetzbuches beilege.

**Einige Angestellte im Geschäft des Herrn Jacques Raphael** hatten sich dieser Tage unter etwas eigenthümlichen Umständen vor der Anklage des Diebstahls und der Unterschlagung zu verantworten. Die vor der 132. Abtheilung des Amtsgerichts I geführte Angelegenheit betraf den Kommiss Heilfron und den Geschäftsleiter Philippsohn. Heilfron ist der Reife Raphael's, der die Denunziation gegen die beiden Angeklagten beim Staatsanwalt eingereicht. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, in den Jahren 1896 und 1897 sorgerichtig gemeinschaftlich Kognal und Gas entwendet zu haben; Philippsohn soll sich außerdem der Unterschlagung eines Thalers, den eine Kundin im Raphael'schen Geschäft verloren hatte, schuldig gemacht haben. Philippsohn war Geschäftsleiter der Raphael'schen Filiale in der Potsdamerstraße, Heilfron wurde dort als Kassierer beschäftigt. Wie Heilfron, der Reife Raphael's, behauptete, war er mit einem Jahresgehalt von 2400 M. angestellt. Das Verhältnis zwischen ihm und seinem Ouel-Chef war, wie die „Staats-Ztg.“ meldet, anfangs ein gutes; dann aber änderte sich das Verhältnis. Heilfron ging und erhielt ein Zeugniß als Konfubische zc. Nach seiner Behauptung war den Angestellten erlaubt, Kognal zu trinken, selbst in Gegenwart von Kunden. Das geschähe auch jetzt. Nach der Anzeige soll er jedoch täglich Kognal aus dem Wasserglase — theils mit, theils ohne Milch — getrunken haben. Das angeblich entwendete Gas wurde im „Schusterkeller“ zum Essenlochen resp. „Graten“ benutzt, wozu ein Gummi-schlauch angebracht war. Das geben die Angeklagten unumwunden zu; Heilfron bestritt in dieser Beziehung, er sei auf Veranlassung seines Ouels Raphael's wochenlang nicht zum Mittagessen gegangen und habe doch warmes Essen nicht entbehren wollen. Philippsohn seinerseits bestritt, überhaupt aus Wassergläsern Kognal getrunken zu haben, sonst habe er, da ihm das als Reiter erlaubt war, wiederholt „einen genehmigt“. Den Thaler unterschlagen zu haben, bestritt er ebenfalls. Wie der Angeklagte Heilfron noch behauptet, hat Raphael die Denunziation erst eingereicht, nachdem er (Heilfron) gegen ihn eine Klage angestrengt hatte. Raphael giebt das als möglich zu, will aber von dem erwähnten Treiben erst nach Heilfron's Entlassung Kenntniß erhalten haben; ihm sei gesagt worden, Heilfron habe täglich eine Flasche Kognal ausgetrunken. Er bestritt, daß die Angestellten mit den Kunden trinken sollten; die Kunden hätten natürlich geprobt. Die Angestellten hätten nur mit jedesmaliger spezieller Erlaubniß Kognal trinken dürfen. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Raphael's in seinem Geschäft angestellte Verwandte sehr viel Rechte hatten und so ziemlich nach Belieben Kognal trinken durften, die Angestellten müßten vorher dem Profubirten, Kassierer oder einem Verwandten sagen. Kamentlich durften und sollten die Angestellten mit den Kunden trinken. Ferner wurde festgestellt, daß jedem, der das Raphael'sche Geschäft betritt, Kognal, Wein oder ein anderes Getränk, oder eine Zigarre angeboten wird, selbst wenn er noch nichts gekauft hat. Der Staatsanwalt kennzeichnete die Raphael'schen Geschäftsverhältnisse als „etwas eigenthümliche Wirtschaft“, hielt die Angeklagten aber doch des Diebstahls beziehungsweise der Unterschlagung für überführt und beantragte gegen Heilfron sechs Wochen, gegen Philippsohn drei Wochen Gefängniß. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leonhard Friedmann, führte zunächst aus, daß allerhöchstens Mundraub vorliege. Kognal, auch Raphael'scher, sei ein Genussmittel; da die Flasche 2 bis 2,50 M. kostet, könne man sich denken, was er werth sei. Es handle sich also um Genussmittel von geringem Werth und — jeder Fall für sich betrachtet — geringer Menge. Doch mit dieser Erwägung werde der Gerichtshof garnichts zu thun haben, da sich aus subjektiver und objektiver Hinsicht die Freisprechung rechtfertige. Der Gerichtshof schloß sich dieser Ansicht an und sprach beide Angeklagte frei. Bedeutende Vortheile dürfte das Raphael'sche Geschäft aus den skandalösen Vorkommnissen der geschilderten Art gerade nicht erzielen.

**Der Stettiner Sängerkrieg.** Nachdem sich Ende der siebziger Jahre die an Stettiner Theatern engagirt gewesenen Schauspieler Mehsel, Hippel und Hadel unter der Bezeichnung „Stettiner Sänger“ zu einer Sozietät vereinigt hatten, Hippel aber im Oktober 1893 ausgeschieden und Hadel einige Zeit später gestorben war, setzte Mehsel, welcher Leiter des Unternehmens gewesen war, die bisherigen Vorstellungen als Unternehmer mit anderen Künstlern unter der früheren Firma fort. Aber auch Hippel, der bald nach seinem Ausscheiden eine neue Gesellschaft mit demselben Programm wie die frühere gebildet hatte, bezeichnete seine Truppe als „Stettiner Sänger“. Seine Plakate und Reklametzettelungen zeigten auch dieselben Korrekturen wie die der vorigen Sozietät. Mehsel klagte hierauf auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb gegen Hippel mit dem Antrage, den Verlagen zu verurtheilen, bei Vermeidung einer föfälligen Strafe von 300 M. für jeden Uebertretungsfall jeden Gebrauch des Namens „Stettiner Sänger“ für seine Truppe zu unterlassen. Das Landgericht erkannte indeß auf Abweisung der Klage, indem es der Ansicht war, daß die Bezeichnung „Stettiner Sänger“ nur als eine Bezeichnung der Herkunft der Sänger anzufassen sei und auf geschichtlichen Schutz keinen Anspruch habe. — Das Kammergericht aber, an welches die Sache in der Berufungsinstanz gelangte, war ganz entgegengesetzter Ansicht, erachtete die betreffende Bezeichnung als durch das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb geschützt und nur Mehsel für befugt, seine Truppe als „Stettiner Sänger“ zu bezeichnen. Die Vorentscheidung wurde daher aufgehoben und nach dem Klage-Antrage erkannt.

**Die Rabatt-Sparvereine und der unlautere Wettbewerb.** Das hiesige königliche Landgericht hat „unlauteren Wettbewerb“ in der Verlegung eines Vereinsnamens erblüht und durch sofortige Verfüzung die weitere Föhrung des Namens untersagt. Es handelt sich um zwei Rabatt-Vereine, von denen der eine, erst vor kurzem ins Leben getretene sich Rabatt-Verein Berlins und Vororte zum Unterschiede von dem schon bestehenden Rabatt-Sparverein genannt hatte. Bezeichnend ist, daß zur selben Zeit eine andere Entscheidung des hiesigen Amts-

gerichts bekannt wurde, in der dem klagbar gewordenen Rabattverein die Aktivlegitimation zur Klage wegen unlauteren Wettbewerbs überhaupt besritten wurde. Der Verein ist, nebenbei bemerkt, weder im Besitz von Korporationsrechten, noch wird er im Handelsregister geführt. Er zahlt keine Steuern, es treffen somit die Vorbereitungen des § 8 des Gesetzes vom 27. Mai 1896 (unlauterer Wettbewerb) in keiner Weise auf ihn zu.

**Der in voriger Woche** wegen der Durchsicherungen im Strafgefängniß zu Köpenick zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurtheilte ehemalige Gefangenenaufscher Korth hat sich bei dem Urtheil beruhigt und seine Strafe sofort angetreten. Dagegen hat Rechtsanwalt Dr. Meyerstein für Frau Korth gegen das auf 3 Monate Gefängniß lautende Urtheil die Revision angemeldet.

**Die Nachricht**, daß für die Verhandlung gegen den ehemaligen Oberfaktor Grünenthal bereits Termin zur Hauptverhandlung auf den 6. Juni angefaßt sei, ist, wie uns berichtet wird, gänzlich unzutreffend. Weder ist dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schmidt bis jetzt eine Anklage zugefaßt, noch ist dieselbe überhaupt schon bei der zuständigen Strafkammer eingegangen. Von einer Ueberweisung an das Schwurgericht und Ansetzung eines Termins vor demselben kann daher noch gar keine Rede sein. Falls die Angelegenheit Grünenthal vor den Gerichtshof noch erledigt werden sollte, würde es nöthig sein, eine besondere Tagung des Schwurgerichts einzurichten.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Schuhmacher!** Bei der Firma Ollter, Kochstraße 20, ist wegen Lohnminderungen ein Streik ausgebrochen. Herr Ollter hat es abgelehnt, mit der Lohnkommission zu verhandeln, weshalb die Werkstatte gesperrt ist. Die Lohnkommission.

**Achtung, Bauarbeiter!** Den Baudeputirten Berlins und Umgegend zur Kenntnissnahme, daß die Sammelkassen von heute ab in der Zentralstelle, Inselstr. 10 II bei Stadernad, zu entnehmen sind. Die Zentralstelle Schöneberg erhält dieselben Barbarossastr. 9; die Zentralstelle 4 in ihrem Versammlungslokal, Schwedterstr. 23/24, von abends 8 Uhr ab. Ich erlaube, hiervon regen Gebrauch zu machen. J. A. der Kommission: Wilhelm Roda.

Die Abrechnung der Listen hat allwöchentlich Sonnabend abends oder Sonntag vormittags von 8—12 Uhr zu erfolgen; außerdem werden neue Listen und Marken gleichfalls veransgabt.

**Der Arbeiterauschuh der Oseuarbeiter von der dritten städtischen Wadankstalt** sendet uns erst jetzt eine Berichtung auf eine Notiz in Nummer 100 unseres Blattes vom 30. April. In dieser Notiz war gesagt, daß die Arbeiter der III. Anstalt sich „bei einer von der Direktion angeordneten Abstimmung mit 16 Stimmen Mehrheit für die Beibehaltung der 18stündigen Schicht“ entschieden hätten. Der Ausschuh erucht uns nun mitzutheilen, daß nicht die Direktion, sondern der Ausschuh selbst die Abstimmung vorgenommen habe.

### Deutsches Reich.

**Der „Steinarbeiter“**, das Organ der Steinarbeiter Deutschlands, entwirft sich über den „Vorwärts“, der in einem Aufruf der Steinarbeiter am Schluß die lokalorganisirten Arbeiter zur Unterstützung der Ausständigen im Striegauer Bezirk auffordert. Die Redaktion des „Steinarbeiter“ behauptet, daß hier von uns eine absichtliche Fälschung vorgenommen sei, da sich der Aufruf an die gesammte organisirte Arbeiterkassie gerichtet habe. Auch unsere Richtigkeitung, daß hier ein Druckfehler vorliege, glaubt das Organ nicht, und es kommt dann zu der geschmackvollen Bezeichnung, daß wir den Streikenden Knäuel zwischen die Beine werfen. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht begreifen können, wie man sich wegen eines derartigen Fehlers so erhitzen kann — schließlich gehören doch die lokalorganisirten Arbeiter auch noch zu uns — müssen wir umso mehr unsere Verurteilung über diese Anrempelung aussprechen, als die Unterredung mit Herrn Wischke, dem Vorstehenden der Steinarbeiter-Organisation und dem Einsender der Notiz, eine genügende Aufklärung des Sachverhalts gegeben hatte. Wenn eine unter ehrlichen Leuten abgegebene Erklärung bei der Redaktion des „Steinarbeiter“ keinen Glauben findet, so bedauern wir, die Redaktion dieses Blattes auf diesem Niveau anzutreffen.

**Lohnbewegungen der Bauhandwerker.** In Lützenwalde sind die Verhandlungen der Zimmerer mit den Unternehmern gescheitert. Die Meister wollten eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde gewähren und nach Bedarf die Ausständigen einstellen. Die Arbeiter hielten diese Zugeständnisse als ungenügend.

In Breslau gab in einer Bauarbeiter-Versammlung die Streikkommission folgenden Bericht: Es haben sich 263 Kollegen zum Streik gemeldet, 44 sind abgereist, 69 arbeiten zu den neuen Bedingungen, neun sind anderweit beschäftigt, 38 sind Streikbrecher geworden, bleiben demnach 154 Kollegen mit 288 Kindern zu unterstützen.

**Die Schmiede in Breslau** haben in einer gutbesuchten Versammlung beschlossen, zur Durchführung ihrer Forderung in den Ausstand einzutreten. Die Schmiedezunftung hat es abgelehnt, dem Verlangen ihrer Arbeiter zu entsprechen. Die Abschaffung des Kost- und Logiswessens wollte sie bewilligen, ein Stundenlohn für Draufschläger von 25 Pf. ist ihr jedoch zu viel. Den Voranschmieden wollte sie eine Zulage gewähren, von einem Minimallohn aber nichts wissen.

**Ausgewiesen.** Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind drei österröichische Drechsler, die an dem Streik in der Roßner'schen Spielwaarenfabrik in Schwelmig theilhaftig waren, ausgewiesen worden. Natürlich, als Lohnbrüder werden ausländische Arbeiter hergeloast; verlangen sie anständige Bezahlung, dann fallen sie läufig.

**Erfolgreicher Streik.** Die Hiegelarbeiter der v. Verponcher'schen Dampfzigelei in Reudorf bei Silberberg in Schlesien legten die Arbeit nieder und verlangten eine Lohnerhöhung. Dieselbe wurde auch in Höhe von 15—20 Pf. pro Tag gewährt.

**Die Steinmehnen in Lahr i. W.** befinden sich wegen einer geringen Lohnforderung im Ausstande.

**Der Streik der Steinarbeiter in Barchau bei Bunzlau i. Schl.** ist beendet und ist die Arbeit zu Gunsten der ausständigen Kollegen von Striegau sowie der Ausgesperrten vom Fichtelgebirge am Montag wieder aufgenommen.

Der Unternehmerring von Striegau ist bedenklich ins Bankrott gerathen. 4 Unternehmer haben bewilligt, während 14 jede Unterhandlung verweigern. — Geldbewandlungen richte man an die Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands, P. Wischke, Rixdorf, Steinmehstr. 14.

**Zum Münchener Tischlerstreik** wird uns telegraphisch mitgetheilt, daß die Meister beschloffen haben, den Arbeitern die 1/2 tündige Arbeitszeit zu bewilligen. Da somit die streitige Forderung zugestanden ist, dürfte der Ausstand beendet sein.

### Ausland.

**In Oger**, wo vor kurzem die Bauarbeiter nach einem mehrtägigen Ausstande ihre Forderungen durchsetzten, sind nun auch die Tischler diesem Beispiel gefolgt und haben Lohnerhöhung gefordert. — Außerdem streiken die Russier und Gansweiker. Alle diese Ausstände sind mehr oder weniger veranlaßt durch enorme Theuerung der Lebensmittel.

**Die Angestellten der schweizerischen Jura-Simplon-Bahn**, die gleich den Angestellten anderer Bahnen, im Vorjahre durch ihre Streikbewegung von der Gesellschaft verschiedene Zugeständnisse gemacht erhalten hatten, hielten kürzlich in Bern eine stark besuchte Versammlung ab. In dieser wurde über die von der Direktion auf die Beschwerde der Angestellten betr. die unvollständige Ausführung, gemachten Zugeständnisse verhandelt und in jeder Hinsicht für ungenügend erklärt. Der Zentralvorstand des Personalverbandes der schweizerischen Transportanstalten und das früher ernannte Aktionskomitee wurden beide zusammen beauftragt, an den Forde-







Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

**Opernhaus.** Die Einführung aus dem Serail. Slavische Brautwerbung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Königsinder. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Nathan der Weise. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig.** Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Im Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Goethe.** Die offizielle Frau. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Galeotto. Anfang 8 Uhr.  
**Nieder den Linden.** Der Operball. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Die Freuden der Händlichkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Sein Eid. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Der Zimmerfest. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Ostend.** Der Stadtrompeter. Anfang 8 Uhr.  
**Central.** Im Austragsstuhl. Anfang 8 Uhr.  
**Welle-Alliance.** Kaiser und Galiläer. Anfang 8 Uhr.  
**Ruifen.** Der jüngste Leutnant. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich.** Wilhelmshabitsches. Heinrich Heine. Vorher: Eine Tasse Thee. Anfang 8 Uhr.  
**Alexanderplatz.** Eine Gefaslene. Der gefesselte Storch. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.  
**Zwillingstrasse 57/62.** Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.  
**Passage-Panoptikum.** 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien.  
**Apoko.** Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater**  
(Waller-Theater).  
Mittwoch:

**Galeotto.**  
Donnerstag:

**Ein gemachter Mann.**  
Freitag:

**Blaues Blut.**

**Central-Theater**

Alle Jakobstr. 30.  
Mittwoch, Donnerstag und Freitag: Geschlossen.  
Sonnabend zum ersten Male:  
**Im Austragsstuhl.**  
Vändliches Ballett mit Gesang in 4 Akten.  
Herr Hans Neuert, 1. bayerischer Hofkapellmeister, Hr. Amalie Schöndchen, 1. Hofkapellmeisterin, als Gäste.  
Anfang 8 Uhr.

**Luisen-Theater**

34. Reichendergerstraße 34.  
Abends 8 Uhr:  
S. Schauspiel von Emma Fröhling.  
**Der jüngste Leutnant.**  
Poffe mit Gesang in drei Akten von Ed. Jacobson. Musik v. Lehnhardt.  
Donnerstag:  
**Arme Wieze!**  
Marie. Anna Müller-Einde.  
Vorbestellte Billets durch Telephon Amt IV Nr. 2074 werden ohne Aufgeld an der Abendkasse reservirt.

**Budapester**

Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.  
**Kaufmann's Variété.**  
**Tagesgespräch!!!**  
Donat Herrfeld,  
Anton Herrfeld,  
Martin Bendix,  
in den Gehr. Herrfeld'schen Sensations-Stücken  
„Die vierte Frau“  
und  
„Von Dreien der Glückliche!“

**Apollo-Theater.**

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.  
3 Piccolos. 3 Sisters Dunbar.  
**Steidl-Blum-Bender.**  
\* Bonhair-Troupe \*  
und 30 Kunstkräfte ersten Ranges.  
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 8 Uhr.  
Morgen Donnerstag, den 12. Mai: Mit vollständig neuer und glänzender Ausstattung.  
Zum ersten Male:  
**Don Juan in der Hölle.**

**Urania**

Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. -  
**Invalldenstr. No. 57-62.**  
Täglich abends 7 Uhr:  
- Ausstellungs-Saal und Vorträge. -  
Näheres die Tagesanschlage.

**Passage-Panopticum.**

Heute:  
**Togo-Truppe ohne Extra-Entree**  
Vorstellungen 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**

Friedrichstr. 165.  
Ein lebender **Riesen-Orang-Utan** der Waldmensch von der Insel Borneo, 1 1/2 Met. hoch.  
**Salambo,** die schöne Schlangenhändlerin.

**Abend-Carl Weix-Theater.**

Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Der Stabrompeter.**  
Gesangspöffe in 4 Akten von Mannsbld. Musik von Steffen.  
Anfang 8 Uhr.  
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: **Frei-Konzert.** Anf. 7 Uhr.  
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Concerthaus**

Leipzigerstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett und Humoristen.**  
Mittwoch und Donnerstag:  
**Leichte Kavallerie.**  
Sonnabend zum 365. Male:  
**Tene, liebe Tene.**  
Mit Grandüberhöhung des Textes.

**W. Noack's Theater**

Braunstr. 16.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
**Gr. Extra-Theatervorstellung**  
**Der Goldbauer.**  
Ballettschauspiel in 4 Akten v. Charlotte Birch-Pfeiffer.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanzkränzchen.**

**Maehr's Theater**

Oranien-Strasse 21.  
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Hertha Lorenz, Marietta Berndt, Rosina Lindbreite. Der kleine Kobold.  
**The Cousins.**  
Afroditen an den Silberseiten.  
**Bei Wasser und Brot.** Poffe.  
Das Restaurant, Schwant.  
Am 16. Mai: Eröffnung des Sommergartens.  
Der Garten nebst Bühne sowie sämtliche Lokalitäten sind für die Pfingstfeiertage zu Früh-Concerten etc. noch zu vergeben.  
**Karl Mittag, Deconom.**  
Brauerei-Brauerei, Stralau.

**Fahrräder,**

wenig gebrauchte und neue erstklassige deutsche und amerikanische Herren- und Damen-Räder mit Jahresgarantie verkauft spotbillig.  
**Concess. Leihhaus,**  
Neue Schönhauserstr. 11, 1.

**Steppdecken**

kauf man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik  
**B. Strohmändel, Berlin C., 72, Wall-Strasse 72,**  
wo auch alle Defen aufgearbeitet werden. 48500\*

**Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben**

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifkleider etc. werden unter Garantie des guten Zieles zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein**

für Rigdorf und Umgegend.  
**I. Stiftungs-Fest**  
am 14. Mai cr., in Gröpler's Salon, Rigdorf, Bergstraße bestehend in

**Konzert, Theater und turnerischen Aufführungen**  
der Freien Turnerschaft Rigdorf-Brig und des Sittlichklub „Traurige Salte“. Ende ??  
Billets à 20 Pf. sind bei Frau Vesser, Anseebachstr. 102 und bei bekannten Mitgliebrern zu haben.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
**Das Komitee.**

**AUSSTELLUNG AM KURPÜRSTENDAMM.**

**Carl Hagenbeck's INDIEN**  
BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ  
Vorstellungen in der Arena: 5 und 8 Uhr nachm.  
Im indischen Theater ab 4 Uhr beständig;  
ab 4 Uhr nachm.: **Militär-Doppel-Concert.**  
ENTREE 50 PL.

**Schweizer Garten.**

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Jeden Sonntag } **Konzert und Vorstellung.**  
Auftreten der engagierten Spezialitäten. - Volksbelustigungen aller Art.  
Im Saale: **Ball.** Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.  
Pfingstsonntag, } **Beginn der Hauptsaison.**  
den 29. Mai: } Von da ab tägliche Vorstellungen.  
An Wochentagen ist Garten und Saal mit Vorstellungen und Ball an Vereine zu vergeben. Mehrere Sonntage sind noch frei.  
**Brauerei-Ausschank**  
**der Victoria-Brauerei, Stralau.**  
Eröffnung der diesjährigen Sommer-Saison am Donnerstag, den 19. Mai 1898 (Himmelfahrtstag). Der Garten und die Lokalitäten sind gänzlich neu renovirt. Wöchentlich zweimal großes Garten-Concert sowie Theater und Spezialitäten-Vorstellung bei gänzlich freiem Entree.  
Im elektrisch erleuchteten Riesen-Saal jeden Sonntag und Donnerstag: **Großer Ball** bei freiem Entree. 50000\*  
Um recht regen Zuspruch bittet hochachtungsvoll  
**Karl Mittag, Deconom.**

**Neu eröffnet!**

**Auf zur Banmbliethe!**  
**Restaurant „Paradiesgarten“**  
131 Schönhauser Allee 131 65162\*  
**Frei-Konzert.**  
Um zahlreichen Besuch bittet **Wilhelm Warlich, Restaurateur.**

**Gr. Frankfurter Königsbank Gr. Frankfurter**

Strasse 117. Strasse 117.  
Empfehle meine Säle und prachtvollen Garten (beide mit Theater-Bühne) bis 2000 Personen fassend, den geehrten Vereinen zur freien Benutzung. (4927L\*)  
**Hermann Warsawy.**

**Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen**

Zu Dampfer- u. Landpartien vorzüglich geeignet.  
**Otto Beyer's Restaurant „Zur Schleuse“**  
1000 Personen fassend. Regelbahnen. Kaffeeküche. Volksbelustigungen.  
Für Vereine und Fabriken kulanteste Bedingungen. 34266

**Mittwoch bis Sonnabend**

dieser Woche  
**in frischester Qualität:**

Zander . . . . . pro Pfund 30 Pf.  
Schellfisch . . . . . „ 20 Pf.  
Cabliau . . . . . „ 15 Pf.  
Rothzunge . . . . . „ 35 Pf.  
Seelachs . . . . . „ 20 Pf.  
Bratschollen (Fludern) . . . . . „ 15 Pf.  
Ostsee-Steinbutten . . . . . „ 40-50 Pf.

Alle anderen Fischarten in reichster Auswahl zu niedrigsten Tagespreisen.  
**16 Dragoner-Strasse 16**  
**Otto Gundermann.**

**Grüner Weg 91. L. Loewenthal. Grüner Weg 91.**

**Selten günstige Kaufgelegenheit!**  
Die Warenbestände meines seit 30 Jahren bestehenden Geschäfts sollen total ausverkauft werden.  
**Stauend billig! Stauend billig!**  
5000 Stück Kleiderstoffe Meter von 33 Pfg. an.  
Waschstoffe in grosser Auswahl 25 Pfg. an.  
Gardinen, Meter von 5 Pfg. bis 84 Pfg. prima.  
Abgepasste Gardinen, Shawl von 63 Pfg. an.  
Grosse Posten Wäsche, Handtücher, Bettzeuge, Tischtücher, Servietten, Wischtücher.  
Sammet u. Seidenwaaren werden - bedeutend unter Preis - verkauft.  
Ganz besonderer Gelegenheitskauf in Teppichen, Portieren u. Läuferstoffen, Steppdecken, reinwoll. Atlas St. M. 3, 45.  
Ich verkaufe sämtliche Waaren zu stauend billigen Preisen und bürgt das langjährige Bestehen meines Geschäfts für die Realität.  
**Grüner Weg 91. L. Loewenthal. Grüner Weg 91.**

Ein kräftiger Zukunfts-Staatsbürger ist angekommen. Dies zeigen hoch erfreut an **Karl Niendorf** nebst Frau geb. Krause. 3453b

**Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc.**

Derliche Verwaltung Berlin D.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Mitglied, der Maler **Joseph Rinzer**

am Sonntag, den 8. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, von dem Wobltier Krankenhaus statt.  
Um rege Betheiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**  
Sprosser, Radtzig, alle Sorten Waldbögel, Vogelbauer billig. **Schnelle,** Roppenstr. 60.

**Genossenschafts-Buchdruckerei in Solingen**  
(eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftung).  
Geschäfts-Bericht pro 1897.

	RM.	Pf.
<b>Aktiva.</b>		
1. Maschinen- und Utenzilien-Konto . . . . .	8380,50	
Abreibung 10 pCt. . . . .	838,05	7542 45
2. Drucker-Konto . . . . .	747,75	
Abreibung 10 pCt. . . . .	74,75	673 -
3. Buchhandlungs-Konto . . . . .	644,28	
Abreibung 10 pCt. . . . .	64,42	579 86
4. Debitoren-Konto . . . . .	2006,91	
Ab dubios . . . . .	683,73	2323 18
5. Sparkassen-Einlage . . . . .		9 -
6. Kassen-Konto . . . . .	Bestand	114 77
		11242 26
<b>Passiva.</b>		
1. Kreditoren-Konto . . . . .		5633 49
2. Genossenschafts-Konto . . . . .		2100 -
3. Rücklage-Konto . . . . .		600 -
4. Gewinn-Reserve pro 31. Dezember 1896 . . . . .		1775 -
1897 . . . . .		972 15
Jahresgewinn . . . . .		201 62
		11242 26
Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1897 . . . . .		72
Ausgeschieden sind im abgelaufenen Jahre . . . . .		2
Witthm Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1897 . . . . .		70
Das Geschäftsguthaben beträgt . . . . .	2160,-	Markt
Die Passivumme beträgt . . . . .	2160,-	Markt
<b>Der Vorstand:</b>		
E. G. Luyken, E. Bollengraben, R. Clauberg.		

**Warnung!**

An Stelle des bekannten und allbekanntesten echten **Dr. Thompson's Seifenpulver** werden den verehrten Hausfrauen oft minderwertige Produkte verabfolgt.  
Man achte deshalb beim Einkauf auf den Namen **„Dr. Thompson“** und die Schutzmarke **„Schwan“**.  
In haben in den meisten Seifen-, Drogen- und Colonialwaarenhandlungen.

**Maitrank**

täglich frisch, ausgezeichnert im Geschmack.  
à Fl. 60 Pf., 10 Fl. Mk. 5.50, 50 Fl. Mk. 25,- etc.  
**Heidelbeer-Wein, Johannisbeer-Wein,**  
weiß u. roth, herb u. süß,  
à Fl. 75 Pf., 10 Fl. Mk. 7,-, 50 Fl. Mk. 30,- etc.  
**Brombeer-Wein, Wermuth-Wein à Fl. Mk. 1,-.**  
Grösste Obst- und Beeren-Wein-Keilerei Berlins.  
Probirstelle: **Kommandantenstr. 67.**

**Eugen Neumann & Co.**

Komptoir u. Gesamt-Kollereien: **SW. 68, Lindenstr. 16/17.**  
Fernsprecher: **Amt IV. 9676.**  
Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliancepl. 9a, Amt IV. 3678, II. 2032, Neue Friedrichstr. 31. - Oranienstr. 100. - Genthinerstr. 29. - Kommandantenstr. 67. - Grüner Weg 56. - Schöneberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 48. - Potsdam, Bäderstr. 7.

**Tüchtige Sattler, in feineren**

Geschäftsarbeiten durchaus erfahren, finden gegen guten Lohn dauernde Stellung. Stelle wird nach vierterjähriger Thätigkeit vergütet.  
Duisburg. **Friedr. Leidiger.**

**Tüchtig Polsterer u. Dekorateur,**

selbständiger Arbeiter, findet gegen guten Lohn dauernde Stellung. Stelle wird vergütet.  
Duisburg. **Friedr. Leidiger.**

**Tüchtige Drechsler verlangen**

**Raffel u. Heider, Reigerstr. 7.**  
**Färber und tüchtige Wäscher** gesucht.  
Gebr. Altenberg's Färberel., Weichensee, Langhansstr. 4.

**Mamsells im Hause,**

die sauber auf Putzer arbeiten, verlangt 34800  
**Orlowsky, Wörlitzerstr. 70 u. 11.**

**Kartonarbeiterin**

verlangt 34580  
**Deigel, Reinerstr. 4.**  
Ein tüchtiger Silberkleber sofort verl. Weichardt, Ritterstr. 78.

Am 8. d. M., abends 9 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftfeger **Wilhelm Matthes** im 59. Lebensjahre. Sein dieberer und ehrenhafter Charakter, sowie sein echt kollegiales Wesen werden ihn nicht unvergessen machen. (Seine feinen Andenken!)  
Berlin, 10. Mai 1898.  
**Die Kollegen der „Berliner Zeitung“**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Mai, Vormittags 9 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Lusthof-Stadthofes (am Karlsruher Weg) aus statt. 51339

**Arbeitsmarkt.**

**Achtung! Achtung! Holzarbeiter.**  
In der Drechslerei Matka, Wienerstr. 45 u. Reichendergerstr. 108 haben sämtliche Drechsler u. Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergel. Bezug ist fernzuhalten.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Flotter Durchnäher**

findet sofort Beschäftigung 34565  
**Kilischhufabrik, Hermannstr. 22.**

**Heizungsmonteur**

selbständiger Arbeiter für Niederdruck, Dampf und Wasserheizungsanlagen dauernd für Stellung gesucht. 34569  
Off. mit Lohn u. Zeugnisbescheinigt unt. C. L. 1 an E. Salomon, Steint., Central-Annoncen-Expedition.

**Arbeiterin**

verlangt Dampfwaaren-Anstalt, Köpferstr. 33a IV. 34565





**Abgeordnetenhaus.**

76. Sitzung vom 10. Mai 11 Uhr.

Am Ministertische: Thiesen, Dr. Hoffe.

Die zweite Beratung der Eisenbahn-Vorlage wird fortgesetzt mit der an die Kommission zurückgelesenen Linie Treuenbriege—Rauen. Die Kommission, welche früher die Verlegung dieser Linie vorgeschlagen hatte, beantragt nach nochmaliger Beratung unveränderte Genehmigung der Vorlage, nämlich 11 580 000 M. für den Bahnbau und die erforderliche Summe für Betriebsmaterial.

Abg. Müller (natl.) führt aus, daß schon die eisenbahntechnischen Gründe, die Nothwendigkeit einer Entlastung der von der projektirten Linie gekreuzten Hauptlinien für ihn genügend gewesen wären. Dazu kämen die wirtschaftlichen Vorteile, die mit der Linie verknüpft sind. Hierzu sind nun noch die strategischen Gründe für die Linie getreten und es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß auch die Kommission von ihrem ablehnenden Votum zurückgekommen ist. Hoffentlich werde die Regierung den Bau der Linie möglichst beschleunigen.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.) wird mit seinen Freunden für die Bahn stimmen. Zwar seien sie der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, eine Ringbahn in weiterer Entfernung von Berlin vom Staate zu bauen. Auch die privatrechtlich konzessionirte Linie Jüterbog—Nathenow ist so wichtig, daß der Staat sie hätte bauen sollen. Mit dieser Vermischung von Staats- und Privatbahnen kommen wir in eine able Lage; es läßt sich gegen die Bestimmungen, die in der Eisenbahn-Verwaltung getroffen werden, von hier aus gar nicht mehr ankämpfen. Die Eisenbahn-Verwaltung möge sich bemühen, ihre Bestimmungen so zu treffen, daß die Nachfälle, die der Eisenbahn-Behörde gegeben ist, auch in der Bevölkerung gern getragen wird.

Minister Thiesen: Zu den Gründen für die Linie, die bereits eingehend erörtert worden sind, tritt ihre militärische Bedeutung im Frieden wie im Kriege. Der Minister wiederholt die Erklärung in bezug auf die Behandlung der Privatlinie Jüterbog—Nathenow, die er bereits in der Kommission abgegeben, wonach für diese Linie besondere Berücksichtigungen stattfinden sollen. Der Nachfall der Bahnverwaltung sieht die öffentliche Kritik gegenüber, die von mir noch stets, wo sie berechtigt war, beachtet worden ist.

Abg. Barthold (frk.) bittet, im Anschlusse an die Linie Treuenbriege—Rauen die Strecke Dahme—Jüterbog auszubauen.

Regierungskommissar Geh. Rath Fleck erwidert, daß die Verbindung Dahme—Jüterbog durch eine Kleinbahn stattfinden soll und

die Weiterführung der Bahn von Treuenbriege über Jossen stattfinden soll.

Abg. Ring (L.) will, wenn auch mit schwerem Herzen, der Linie Treuenbriege—Rauen zustimmen, wünscht dann aber die Fortführung der Strecke über Jossen nach Buxtehaußen zur Herstellung einer Ringbahn. Man könne ja dann für später einen weiteren Ring in Aussicht nehmen.

Minister Thiesen: Es ist zwar das Projekt Treuenbriege—Jossen entworfen, aber über seine Ausführung sind Bestimmungen noch nicht getroffen. An einen weiteren Ring kann vorläufig noch nicht gedacht werden.

Abg. v. Detten (Z.) erklärt sich mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden.

Abg. v. Gynern (natl.) weist darauf hin, daß auch hier sich wieder die Bevorzugung der großen Städte zeige beim Bau von Hauptbahnen, zu denen der Grund und Boden angelauft wird, während für die Sekundärbahnen der Terrainerwerb den Gemeinden zur Last fällt. Das führe dazu, daß die Industrie sich in den Städten zusammendränge und das platte Land weide.

Die Abgg. v. Sattler (natl.), v. Bodenhausen (L.), v. Stülpnagel (L.) und Rickert (frk. Vg.) sprechen für Bewilligung der Linie, worauf der Kommissionsantrag angenommen wird.

Es folgt die dritte Lesung des Pfarrergehalts-Gesetzes.

Abg. Dr. Lotichius (natl.) wünscht möglichst wohlwollende Rücksichtnahme auf die Bedürftigkeit der Gemeinden.

Abg. Rickert (frk. Vg.): Die Bedürfnisfrage bezüglich der Vorlage wird wohl von allen Seiten anerkannt. Allein die Machtbefugnisse der Konfessionen werden doch bedenklich erhöht und es ist eine sehr ungleichmäßige Behandlung der Gemeinden zu fürchten.

Minister v. Miquel legt dar, daß auch in den Großstädten die Leistungsfähigkeit der Gemeinden oft von der Regierung anerkannt werden müsse, namentlich in den Fällen, wo neue Gemeinden entstehen, die Vermögen nicht besitzen. Das werde auch in Zukunft so bleiben.

Abg. Schall (L.) dankt der Regierung und allen, die an dem Zustandekommen des Gesetzes mitgewirkt haben, besonders aber dem Herrn Finanzminister, der seinem guten Herzen einen kräftigen Stoß gegeben (Heiterkeit) und bittet die Regierung, das Gesetz zur Ausführung zu bringen, wie es hier gewollt ist.

Nach kurzer weiterer Debatte schließt die Generaldebatte.

Die einzelnen Theile der Vorlage werden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Es folgt die katholische Vorlage.

Abg. v. Gynern (natl.) erklärt, gegen dieses Gesetz stimmen zu müssen. Die Vorlage wird ebenfalls genehmigt.

Es folgt der Antrag Bausch-Schmidlein (L.) die Regierung aufzufordern, spätestens in der neuen Session eine Neuordnung der Verpflichtung zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen dahin herbeizuführen, daß gemäß Art. 25 der Verfassung diese allgemein den bürgerlichen Gemeinden und Gutsbezirken auferlegt wird.

Der Antragsteller schildert die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände in seinem schlesischen Wahlkreise (Hirschberg—Schönau). Dominien und Arbeiter, die die Schulen mit ihren Kindern am meisten belasten, sind von allen Schullasten befreit. Am besten würde es sein, die Schullast unter Anlehnung an die Einkommensteuer zu regeln. Er nimmt auf die vorjährigen Verhandlungen Bezug und betont, daß inzwischen die Verhältnisse noch untraglicher geworden seien.

Abg. v. Heydebrand giebt das Vorhandensein von Uebelständen zu, stellt aber den Unterantrag, daß die Regelung im Rahmen eines allgemeinen Volksschulgesetzes erfolgen soll.

Abg. Dr. Gerlich (frk.) bittet, diesen Antrag doch zurückzuziehen, da sonst die Sache unabsehbar verzögert werden würde.

Abg. Dr. Vorsch (Z.) stimmt dem Unterantrage v. Heydebrand zu. Es sei unmöglich, die Unterhaltungspflicht zu regeln, ohne die rechtliche Grundlage festzulegen und das kann nur geschehen durch die Anerkennung des konfessionellen Charakters der Schule.

Nach einigen weiteren Bemerkungen zieht der Abg. Freiherr v. Jedlich (frk.) den Antrag zurück.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Morgen (Mittwoch) 11 Uhr: Eisenbahn- und Arbeiterwohnungs-Gesetz (3. Lesung), Armenrecht für Westfalen (2. Lesung), keine Vorlagen.

Schluß 2 1/2 Uhr.

**Briefkasten der Redaktion.**

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erhalten werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Genosse Helsenfest. 1. Nein. 2. Ueberflüssig. — M. M. 99. 1. Eine Klage auf Zahlung des Weichzinses hätte Erfolg. 2. Der Wirth hat bis zur völligen Tilgung der Miete das Retentionsrecht. — M. M. Wiederholen Sie Ihre Anfrage bei dem Amtsgericht. Sprechen Sie gelegentlich in der Sprechstunde zur weiteren Klärung vor. — Marie W. Weiden Sie sich unter Angabe der Verhältnisse direkt an die Militär-Waisenhaus-Direktion. — G. Sch. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Die An- und Abmündung braucht nicht zu erfolgen.

**Mittwoch, Donnerstag, Freitag**

**Porzellan**

- Tassen, weiss 7 Pf.
- Saucieren, weiss 55 Pf.
- Salatschalen, rund, weiss, 4 Grössen 14, 24, 30, 45 Pf.
- Senftöpfe, weiss 13 Pf.
- Senfmenagen, 3 theilig 30 Pf.
- Speiseteller, tief u. flach 20 Pf.
- Dessertteller, weiss 12 Pf.

- Kaffeekannen, weiss, gerippt 6 Grössen 25, 28, 30, 42, 50, 60 Pf.
- Dessertteller mit Goldstern 16 Pf.
- Kaffeeteller, bunt 15 Pf.
- Schaumlöffel, Vorlegelöffel und Fischheber, mit Holzstiel, Stück weiss 20 blau 24 Pf.
- Vorratsstollen, 45 Pf. mit Streublumen und Aufschrift

Kaffee-Services, elegante Form, bemalt 9 Teile (6 Personen) 3.60 Mk.

**Steingut**

- Dessertteller, weiss 4 und 5 Pf.
- Näpfe, weiss, 6 Stück 90 Pf.
- Wasserkannen, weiss 65 Pf.
- Butterdosen, blau 45 Pf.
- Melonen, blau 45 Pf.
- Kabarets, blau, m. Holzgestell 3 Mk.
- Tafelservices, 7.25 Mk. mit Bordüre, für 6 Person.

- Teller, Delfter Muster 8 Pf.
- Tassen, rosa 10 Pf.
- Mesten, mit Holzrand, blau 90 Pf.
- Satztöpfe, bunt, 6 Stück 1.75 Mk.
- Spargelschalen, mit Untersatz 1.75 Mk.
- Tassen, einfarbig, Muster 8 u. 12 Pf.
- Waschgarnituren, 5 Teile 1.50, 3, 3.75, 4.90 bunt, m. Gold, elegant, Form 9.75 Mk.

Engl. Majolika, farbig, Milchtöpfe 30 Pf., Blumentöpfe 48 Pf., Blumenkübel 1.10, 1.40, 1.95, 3.40, 4.75 Mk.

**Emaile**

- Wannen, Länge ca. 40 45 55 60 cm marmorirt, oval, 1.20 1.45 1.80 2.15 2.50 Mk.
- Waschbecken mit Napf, Durchm. ca. 32 cm, marmorirt und weiss 45 Pf.
- Seifenhalter mit Haken, marmorirt 18 Pf.
- Kehrschaufeln, weiss 45, marmorirt 48 Pf.
- Reibeisen, weiss 35 Pf.
- Schüsseln, Durchm. ca. 30 32 34 36 cm 35 40 45 55 Pf.
- Teller, weiss, Durchm. ca. 20 22 cm flach oder tief, 18 20 Pf.
- Dekorirte Eimer mit Deckel 2 Mk.
- Stehleitern 6 7 8 Stufen 2.75 3.25 3.75 Mk.
- Abstäuber, 6 Grössen, 20, 25, 35, 40, 50, 60 Pf.

**Glas**

- Teller 7 Pf.
- Butterdosen 12 Pf.
- Likörbecher 5 Pf., mit Goldrand 6 Pf.
- Wassergläser mit Bordüre 15 Pf.
- Selttergläser, weiss, mit Muster 10 Pf.
- Bierbecher, geschliffen 20 Pf.
- Wasserflaschen, geschliffen 40 Pf.
- Theegläser mit Fuss, geschliffen 23 Pf.

Krystall-Weingarnituren mit Muster  
 Rotweingläser 28 Pf. | Sektegläser 28 Pf.  
 Weissweingläser 28 Pf. | Wassergläser 24 Pf.  
 Madelragläser 24 Pf. | Seltterbecher 22 Pf.

**Wirtschafts-Artikel**

- Tablettes, m. Holzrahm. u. 3 Gr., 70 Pf., 1.10, 1.50 Mk.
- Eich. Tablettes, 3 Grössen, 2.20, 2.65, 2.95 Mk.
- Brotkörbe, vernickelt mit Porzellan-Einlage 75 Pf.
- Butterdosen, mit vernickeltem Deckel 65 und 75 Pf.
- Vernickelte Leuchter 50 und 85 Pf.
- Schneeschlager 28 Pf.
- Zink-Waschfasser 9 und 11.75 Mk.
- Theelöffel, Britannia-Metall Dtz. 55 Pf.
- Citronenpressen 25 Pf.
- Pfeffermühlen 50 Pf.
- Tischtuch-Klammern, Dtz. 65 Pf. u. 1.05 Mk.
- Küchenbretter, Buche 15, 20, 25 Pf.

**Warenhaus A. Wertheim**

**Grosse Ausstellung**

diese Woche bis Sonnabend

Damenhüte, Bänder, Blumen, Weisswaren, Spitzen, Schleier, Sonnenschirme.



Moabit.

Thurmstr. 50.

Der

Grosse Ausverkauf

des gesammten

Otto Belwe'schen Manufaktur- u. Modewaarenlagers

und anderer billiger Gelegenheitskaufe

beginnt

Mittwoch, den 11. Mai, vormittags 9 Uhr.

Verkaufszeit morgens von 9-1, nachmittags von 3-8 1/2 Uhr.

Thurmstr. 50.

Moabit.

Zahnärztliches Institut, Karlstraße 20A, Dr. Simmel, Milchgeschäft.

Die Silberwarenfabrik von Max Busse, Brunnenstr. 175, empfiehlt: Tafelgeräte, Bestecks, Löffel, Brautkränze, Stockgriffe, Zigarettenetuis, Tabaksdosen, Krüge, Trinkhörner, Bowlen in Alfenide und massiv Silber.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends: Verkauf frisch gef. schw. perl. und jun. Fleisches. Verwallung der Kochanstalt Städt. Schlachthof.

15. Ziehung d. 4. Klasse 198. Reg. Preuss. Lotterie. 185 (500) 256 092 (500) 438 70 790 834 53 (300) 93 ...

16. Ziehung d. 4. Klasse 198. Reg. Preuss. Lotterie. 80 110 206 87 518 600 707 31 927 1199 98 286 340 ...

17. Ziehung d. 4. Klasse 198. Reg. Preuss. Lotterie. 110164 260 75 604 78 85 731 111116 297 309 444 ...

18. Ziehung d. 4. Klasse 198. Reg. Preuss. Lotterie. 110164 260 75 604 78 85 731 111116 297 309 444 ...